

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Nach der Kommunalwahl: Die rechte Pro Köln, die mit aggressiver Ausländerfeindlichkeit Wahlkampf machte, ist geschwächt und hat ihren Fraktionsstatus verloren.

- *Wahlanalyse Europawahl – S. 3*
- *Australische Regierung feiert ihre rigide Grenzpolitik – S. 6*
- *Linke Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in NRW und Baden-Württemberg – S. 12*
- *Weiterhin Regelungslücke bei Gefährdung durch psychosoziale Belastungen – S. 17*
- *Die Geschichte der Ukraine (Teil 2) – S. 19*

Mit Beilage: Ergebnisse und Materialien der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Ausgabe Nr. 6 am 26. Juni 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Gesundheitswesen: Beschlüsse mit Wirkungen und Nebenwirkungen

Am 9. Mai hat der Bundestag in erster Lesung das „Gesetz zu Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG)“ verabschiedet. Hinter dem sperrigen Titel verbergen sich zahlreiche kleinere (Bürokratieabbau) und zwei größere Änderungen.

Die erste größere Änderung: Die Beitragssätze für die gesetzlichen Krankenkassen werden neu geregelt. Der vom Gesetzgeber vorgeschriebene Beitragssatz von 15,5 Prozent des Bruttolohns, der sich bisher ungleich zwischen Arbeitnehmern (8,2%) und Arbeitgebern (7,3%) verteilte, wird jetzt auf 14,6 Prozent abgesenkt (je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber). Bisher hatten Krankenkassen, die mit diesem Beitrag nicht auskommen, die Möglichkeit zusätzlich einen Zusatzbeitrag einheitlich pro Kopf zu erheben; eine Sozialregelung sah Ausnahmen für geringe Einkommen vor. Nur wenige Krankenkassen haben diese Zusatzbeiträge erhoben.

Durch die Absenkung des Beitragsatzes wird vermutlich eine Mehrheit der Krankenkassen den bisherigen Beitragssatz von 15,5 Prozent beibehalten; jetzt aber 0,9 Prozent als Zusatzbeitrag prozentual auf den Lohn. Einige Kasse werden weniger verlangen. In der Summe wäre also die Belastung für die meisten Beschäftigten wie bisher. Ein Nullsummenspiel?

Nein. Schwer abzuschätzen ist, wie die Beschäftigten auf unterschiedlich hohe Beiträge bei den Kassen reagieren. Bei der Autoversicherung ist vielen der Preis ein wichtiges Kriterium, erhöht ein Versicherer wird gewechselt. Bei der Energieversorgung dagegen bleiben viele trotz beträchtlicher Preisunterschiede bei ihrem gewohnten Anbieter. Bei den Krankenkassen war bisher eher eine geringe Wechselbereitschaft.

Mehr Druck kommt aber ins Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen („Kosten drücken“). Die Deutsche Krankenhausgesellschaft äußerte sich deshalb bereits skeptisch zum geplanten GKV-FQWG, es dürfe „nicht dazu führen, dass der absehbar wachsende Finanzierungsbedarf für medizinische Leistungen über die Zusatzbeiträge erschwert wird“.

Dagegen begrüßt dieser Dachverband der Krankenhäuser die mit dem Gesetz geplante zweite größere Änderung, die Gründung eines Instituts zur Qualitätssicherung. Der jetzige Gesundheitsminister Gröhe (CDU) setzt damit den von Ulla Schmidt (SPD) vor mehr als zehn Jahren begonnenen Umbau fort (Stichworte damals: Unterversorgung, Fehlversorgung, Überversorgung, siehe Politische Berichte 16-17/2003). Im

Bundestag nannte der Gesundheitsminister vor allem Verbesserungen bei der Versorgung von älteren Menschen mit mehreren Krankheiten. Tatsächlich entstehen hier beträchtliche Kosten bei den Krankenhäusern, ohne dass sich das auf die Lebensqualität der Betroffenen positiv auswirkt, zumal viele sich

Wahlanalyse der Europawahl 2014

Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs

Wie bei jeder Wahl machen Benjamin Hoff und Holger Kahrs eine Wahlanalyse unter besonderer Berücksichtigung des Abscheidens der Partei Die Linke. Hier ihre von uns gekürzte Studie zur Europawahl 2014. Die vollständige Studie kann als PDF-Dokument im Internet heruntergeladen werden, Link am Ende des Artikels.

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Staaten der Europäischen Union wählten vom 22. bis 25. Mai 2014 das 8. Europäische Parlament.

Der hier vorgelegte Wahlbericht zur Europawahl 2014 befasst sich vorrangig mit den Wahlergebnissen in Deutschland

Aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel werden aus Deutschland künftig Vertreter/-innen von 14 Parteien im Europaparlament vertreten sein. [CDU 29 (-5), CSU 5 (-3), SPD 27 (+4), Grüne 11 (-3), Linke 7 (-1), AfD 7, FDP 3 (-9), Freie Wähler 1, Piraten 1, Tierschutz 1, NPD 1, Familien 1, ÖDP 1, Partei 1]

Bei der Europawahl 2014 haben die Parteien der deutschen Regierungskoalition gegenüber der EPW 2009 vier Prozentpunkte hinzugewonnen. Dabei haben sich allerdings die Stärkeverhältnisse verändert: Die SPD gewinnt 6,5%-Punkte hinzu, die CDU bleibt mit -0,6% weitgehend stabil, während die bayerische Regionalpartei CSU deutlich verliert – fast 2% und als einzige der drei regierenden Parteien auch absolute Stimmen (-330 000). Aus Sicht der Union kann formuliert werden: Mit Angela Merkel kann man Wahlen bestehen, mit Horst Seehofer nicht. Die Europawahl war im bayerischen Freistaat eine günstige Gelegenheit für einen Denkmittel an die Christsozialen – im Rest der Republik gab es hingegen kein Bedürfnis für eine echte Denkmittelwahl.

Die Stärke der Regierungsparteien ist vor allem auf die weit überwiegende Wahrnehmung in der Bevölkerung zurückzuführen, dass die allgemeine und auch die persönliche wirtschaftliche Lage gut sind.

Weiter spielte eine Rolle, dass für die Wahlentscheidung die Politik in Deutschland wichtiger war als die Europapolitik. Der Wahlkampf der beiden Parteien war auf die Rolle Deutschlands in der EU und auf die Vorteile von EU und Euro für die wirtschaftliche Situation in Deutschland zugeschnitten. Die im Vorfeld der Europawahl von der Regierung und der übergroßen Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag verabschiedeten Beschlüsse und Gesetze, darunter

vor allem der Mindestlohn, die Rentengesetze u.a., verstärkten die positive innenpolitische Wahrnehmung und signalisierten vor allem eine Rückkehr zu sozialdemokratischer Politik.

Letzteres mag vor allem den Wahlerfolg der SPD erklären, die allerdings immer noch deutlich hinter der Union und unter 30% liegt. Wenn der SPD-Parteivorsitzende Gabriel und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Oppermann darauf verweisen, dass bei noch keiner Wahl die SPD so stark zugelegt habe, verzichten beide freilich auf den Hinweis, dass die SPD bei den vergangenen bundesweiten Wahlen erdrutschartige Verluste auf historisch niedriges Niveau hinzunehmen hatte. Schlechter konnte es folglich nur noch im unwahrscheinlichen Falle werden. Am Ende des Wahlkampfes setzte zudem auch die SPD offen auf die deutsche, nationalstaatliche Karte, in dem sie mit Martin Schulz als Kandidat „aus Deutschland“ für Europa warb.

Die Grünen verlieren als bundespolitische Oppositionspartei 55 000 Stimmen und Anteile von 1,4%-Punkten, schnitten aber prozentual deutlich besser ab als bei der vergangenen Bundestagswahl.

Die Linke behauptete sich in etwa auf dem Niveau der Wahl 2009 bei einem Plus von rund 200 000 Stimmen. Sie blieb damit allerdings unter ihrem Bundestagswahlergebnis und verliert aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel einen Sitz im Europaparlament.

Die Wahlergebnisse zeigen ein differenziertes Bild auf Länderebene für die Partei, wobei eine eindeutige Ost-West-Unterscheidung nicht möglich ist. In Brandenburg etwa gewinnt die Partei absolute Stimmen hinzu, verliert aber aufgrund der weitaus stärker gestiegenen Wahlbeteiligung 6,1%-Punkte. In Ländern wie Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg verbessert sie sich absolut und relativ deutlich, schöpft aber ihr Potential der Bundestagswahl mit am schlechtesten aus.

Insgesamt gilt: Die Stammwähler/-innen der Linken konnten im Vergleich zur EP-Wahl 2009 gut mobilisiert werden, doch von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte die Partei, gesamtdeutsch betrachtet, nicht.

Die Themenwahl der Linkspartei war auf die Kernwählerschaft zugeschnitten – Umverteilung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und humane Flüchtlingspolitik standen im Vordergrund. „Europa“ spielte in der Wahlkampagne eher eine Nebenrolle.

Das Ziel der Wahlstrategie, den „nach

der Regierungsbildung enttäuschten Teil der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler der Bundestagswahl für die Wahl der Linken zu interessieren“ konnte die Partei nicht erreichen. Im Gegenteil – es scheint, als ob es der SPD in der aktuellen Regierungsbeteiligung besser als in der ersten großen Koalition unter der Führung Merkels gelingt, die sozialdemokratische Wähler/-innenschaft zusammenzuhalten und durch Regierungsentscheidungen für die Wahl der SPD zu motivieren.

Die bisherige linke Faustformel „regiert die SPD – gewinnt Die Linke“ hat nicht mehr unmittelbare Gültigkeit. Vielmehr wächst das Erfordernis für die Linkspartei sich neuen Themen und neuen Wähler/-innenschichten glaubwürdig und ernsthaft zu öffnen – ohne dabei Einbußen bei der bisherigen Kernwählerschaft hinnehmen zu müssen.

Nichtsdestotrotz zeigt sich die Partei bei der Europawahl 2014 in einer stabilen Verfassung. Ins Stolpern zu geraten droht sie offensichtlich derzeit nur dann, wenn sie sich selbst ein Bein stellt.

Nach der Bundestagswahl unterstreicht diese EP-Wahl, dass die Bäume für Die Linke in Deutschland nicht in den Himmel wachsen. Auch wenn sie in dem ein oder anderen ostdeutschen Bundesland bei Landtagswahlen – oder auch bei Kommunalwahlen – die Fähigkeit behält, stärkste Partei zu werden oder zumindest stärkste Partei in einer potentiellen Regierungskoalition, so bleibt sie bei bundesweiten Wahlen das, was Politikwissenschaftler eine „kleine Partei“ nennen. „Kleine Parteien“ in diesem Sinne vermögen dauerhaft Ergebnisse von um die zehn Prozent zu erzielen, werden aber immer auf größere Partner angewiesen sein, wenn sie Mehrheiten bilden wollen. Sind sie mit ihren Themen erfolgreich, so erzielen sie Wirkung unter den Anhängern der größeren Parteien, die dann mit Anpassungsstrategien – siehe Mindestlohn – reagieren, worauf den „kleinen Parteien“ nur bleibt, mit der Suche nach neuen Wirkungsfeldern zu antworten.

Die größten Veränderungen gab es im Lager der „bürgerlichen“ Parteien. Die Verluste der FDP unterstreichen deren Niederlage bei der Bundestagswahl. Sie wird es schwer haben, aus dem 2-3%-Ghetto wieder herauszukommen.

Auf der anderen Seite feiert die

nalliberal-konservativen, eher kleinbürgerlichen Milieus. In der Mehrheit handelt es sich um parteipolitisch heimatlose wirtschaftsliberale und wertkonservative Wähler/-innengruppen. Sie vertrauten darauf, dass die eigene Leistungsfähigkeit im europäischen Marktwettbewerb belohnt wird und sehen durch die herrschende EU-Politik ihre auf den Wettbewerbsgedanken gestützten Ordnungsvorstellungen bedroht. Die parteipolitisch heimatlosen Wähler/-innen docken derzeit am National- und Wettbewerbspopulismus der AfD an. Ob daraus eine stabile Verbindung entstehen kann ist derzeit dennoch offen.

Neben der AfD ziehen eine Reihe von weiteren **kleinen Parteien** mit je einem Abgeordneten ins neue EP ein. Möglich ist dies durch den Wegfall der Sperrklausel durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dass auch die neofaschistische Partei einen Abgeordneten in das Europaparlament entsenden und die Gruppe der extremen Rechten im Brüsseler Parlament verstärken kann, ist höchst bedauerlich.

Das Wahlergebnis für Die Linke im Bund und in den Ländern: Der Anteil an den gültigen Stimmen sank für Die Linke von 7,5% auf 7,4%, obwohl die absolute Zahl ihrer Stimmen um knapp 200 000 anstieg. Mit anderen

Worten: Sie „litt“ unter der gestiegenen Wahlbeteiligung, anderen Parteien gelang es besser, Wähler_innen zu mobilisieren.

Ein Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigt indes, dass es dabei durchaus sehr unterschiedliche Entwicklungen gegeben hat:

Gruppe 1: Absolute Stimmenverluste: In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und dem Saarland verliert die Linkspartei absolut an Stimmen bei gleichzeitig – Ausnahme: Sachsen – weniger stark sinkender Zahl der gültigen Stimmen und sinkender Zahl der Wahlberechtigten. In Sachsen verliert Die Linke gegenüber der letzten Europawahl gut 25 000 Stimmen, obwohl die Zahl der gültigen Stimmen um knapp 16 000 angestiegen ist. Mit 18,3% erreicht sie ihr schlechtestes Ergebnis bei den letzten vier bundesweiten Wahlen. Im Saarland bricht Die Linke deutlich ein. Sie büßt knapp 27 000 Stimmen der 56 000 Stimmen von der EP-Wahl 2009 (-49,5%). Statt 12,0% erreicht die Partei nur noch 6,7% der Stimmen.

Gruppe 2: Absolute Stimmengewinne und relative Stimmenverluste: In diese Gruppe gehören vor allem Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In Brandenburg steigert die Linkspartei ihre absolute Stimmen um 12,9% (+21 000),

da aber die Wahlbeteiligung um 49,2% (+308 000) ansteigt, sinkt der Stimmenanteil für Die Linke von 26,0% auf 19,7%. Nicht ganz so eklatant, aber gleichgerichtet, fällt das Ergebnis in Sachsen-Anhalt aus.

Gruppe 3: Absolute Stimmengewinne im Maß der gestiegenen Wahlbeteiligung: In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen steigt die Stimmenzahl für die Linkspartei etwas stärker als die Wahlbeteiligung, aber in etwa in ihrem Maß.

Gruppe 4: Geringer Anstieg der Wahlbeteiligung und starker Stimmenzuwachs. In diese Gruppe fallen die übrigen westdeutschen Länder. In Hamburg steigerte Die Linke ihren Stimmenanteil von 6,7% auf 8,6%. Sie profitierte dabei von der gestiegenen Wahlbeteiligung (von 34,7% auf 43,4%) überdurchschnittlich. In Rheinland-Pfalz erhöhte sich die Wahlbeteiligung leicht von 55,6% auf 56,9%. Die Linkspartei gewann von 3,5% der gültigen Stimmen auf 3,7% hinzu. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der gültigen Stimmen gegenüber 2009 um 155.100 oder 19,1%. Die Linke erreicht 4,5% statt 3,9%. Besonders hervorzuheben ist das Ergebnis in Hessen. Mit 63,3% erreicht sie einen noch stärkeren Stimmenzuwachs als in Hamburg.

www.horstkahrs.de

Sogenannte „Montagsmahnwachen“

Montägliche Facebookevents rechter, nationaler und verschwörungstheoretischer Strippenzieher suchen und finden anschlussfähige Betroffenheitswirrnis

Inzwischen ist es in einigen Großstädten ein montägliches Event: um die hundert, manchmal auch mehr Leuten versammeln sich um einen Lautsprecherwagen und führen eine „Mahnwache für den Frieden“ durch.

Unser Autor hat sich das in Mannheim einmal näher angesehen. Hier sein Bericht.

Montag, 26.5.2014, ca. 19 Uhr vor dem Hauptbahnhof Mannheim: Etwa 70 bis 90 Leute sammeln sich vor einem PKW aus dem Odenwaldkreis mit Lautsprecher und Mischpult. Bis kurz vorher war das Wetter noch schlecht, klart dann aber auf. Ein Teil der Interessierten hat unter dem breiten Schirmdach eines Imbiss-Cafés Platz genommen. Der Betreiber liefert Strom für die Lautsprecher und freut sich dafür sichtlich über den guten Getränke- und Speisenumsatz.

Das Publikum: in der Mehrzahl Leute zwischen 18 und 35 und offensichtlich social-mediamäßig gut angekoppelt. Viele vertreiben sich dementsprechend auch mit Smartphonetippen und/oder -lesen die Zeit. Als „Eventeintrag“ in Facebook (öffentlich, „Gastgeber

„Caroline Nürnberg“ und drei weitere Personen“) ist das Treffen vor dem Bahnhof für den 26.5. als „2. Mannheimer Mahnwache“ angekündigt. (Für den 9.6. zum 4. Treffen jetzt „Caroline Nürnberg“ und 5 weitere Personen). Aufgelistet dazu dann, wer schon alles da war, „Verlinkungen“ zu Ken Jebsen, Lars Märholz, Jürgen Elsässer und anderen (dazu später) und sonstiges eben, Bilder, Videos etc.

Im Aufruf zu den Montagsmahnwachen in Mannheim, der, wie nicht anders zu erwarten, über Facebook und Co. (öffentlich im Internet) verbreitet wird, heißt es u.a:

„Seit gut sieben Wochen finden in der Bundesrepublik Deutschland „Mahnwachen für den Frieden“ statt.

Sie werden organisiert von normalen Bürgern wie du und ich es sind, die es satt haben zuzugucken, wie mit ganzen Völkern makabere geopolitische Spiele gespielt werden. Die ihre Stimme erheben wollen – GEWALTLOS – UNPARTEIISCH !!!

Genau genommen sind es auch gar keine Demonstrationen, denn hier wird gar nicht, wie sonst üblich, GE-

GEN etwas demonstriert. Letztlich handelt es sich um Mahnwachen. Mahnwachen FÜR den Frieden.

Der Frieden ist in Europa massiv gefährdet!

JEDER ist willkommen sich uns anzuschließen, uns zu unterstützen.

SEIDDABEIHILFTMITFÜREINE BESSERE WELT! Jeder MONTAG 19 UHR MANNHEIM !!!

Was völlig fehlt im mahnwachen- den Friedensaufruf: der Kampf gegen Krieg, die Kritik der deutschen, europäischen, amerikanischen, aber auch russischen Regierungspolitik, die Unterstützung von Wegen und Vorschlägen zur Aussöhnung und für Frieden in der Ukraine.

Betroffenheitswirrwis, an die sich von rechts anschließen lässt

Dafür enthält der Aufruf viele der Betroffenheitsstichpunkte, an denen die Organisatoren („das Organisationsteam“ wie es sich nennt, ohne Namen zu nennen) dann mit ihren Beiträgen anknüpfen werden: Friedenswunsch, betroffene Bürger, die gegen die Mächtigen ihre Stimme erheben, es gibt kein Rechts oder Links, sondern nur Unten oder Oben, das undurchsichtige Geld- und Finanzsystem, die lügende Presse, Jeder kann bei sich anfangen, gesunde Ernährung, die von allen Seiten bedroht wird (Genmanipulation, Nahrungsmittelkonzerne usw.). Der Aufruf endet dann mit einem „Verhaltenskodex“, in dem es heißt: „Keine Parteienwerbung: Diese Veranstaltung wird von parteilosen Menschen organisiert. Bitte lasst daher auch eure Parteiplakate und anderes Parteimaterial zu Hause. Ihr habt eine eigene Meinung!“

Wenn allerdings das „Organisationsteam“ vor Ort, bestehend aus in jeder Hinsicht parteiischen „parteilosen Menschen“, die Events nicht mehr richtig im Griff hat – wie kürzlich in Erfurt geschehen, wo Mitglieder der Linken einfach Wahlmaterial verteilt haben und jemand öffentlich sagte, die Linke zu wählen, das wäre was – ja dann wird so ein Organisationsteam eben direkt aus Berlin (wie man hört) abgesetzt und Jürgen Elsässer muss schnell mal hin, um auszurichten. Aber dazu später.

Zurück zu Mannheim am 26.5., wo es ja noch nicht soweit gekommen ist.

Zunächst erklärt ein Herr etwas gesetzteren Alters – ansonsten am Mischpult – den Verhaltenskodex. Dann folgen verschiedene Beiträge, die von allem möglichen handeln außer vom Kampf gegen den Krieg und für Frieden.

Chris/Christos erzählt was darüber, dass die Gesellschaft und Wirtschaft immer nur irgendwelchen anderen nützt, aber nicht uns, was sie doch eigentlich sollte, und dass jetzt ganz viele interessante Beiträge kämen. Ach, und von Caro (also „Caroline Nürnberg“) soll er noch schöne Grüße sagen, und dass sie leider nicht hier sein kann, weil sie heute in Dresden



Ein bekanntes Gesicht aus der Partei die Linke, wenn es um Grenzüberschreitungen zum Nationalismus geht. Diether Dehm bei einer „Montagsmahnwache“ in Berlin, neben einer Plakattafel, mit der gegen „Zinsherrschaft“ agitiert wird. Warum Dehm sich nicht von Rechts abgrenzen kann, ist offenkundig: der bevorzugter Ausgangspunkt seiner Statements und Argumentation ist selbst der „Rechts=Links“-Anschlusspunkt „gegen Fremdherrschaft/für Selbstbestimmung“ Deutschlands und der Deutschen. Er selbst nennt das „Verfassungspatriotismus“.

Bildquelle: Video Diether Dehm

ist und dort orgamäßig einiges klären muss. Dann kommt nochmal der Herr vom Mischpult und lässt sich über die „sogenannte Demokratie“ und „die Politiker“ aus. Seine Anschlussfrage an das Publikum: „...jetzt frage ich mal: wenn jemand seinen Arbeitgeber in der Öffentlichkeit schlecht macht, was passiert dann?“ – Aus dem Publikum: „Der fliegt raus“. Der Herr vom Mischpult: „Riiichtig, der fliegt raus!“. Nur in der Politik, wo die Politiker uns hereinlegen, da geht das nicht. In dem Stil und von der Qualität geht es weiter. Außerdem seien die Politiker wie Steinmeier sowieso von den USA gekauft und fremdbestimmt. Die USA schieben Deutschland zunächst vor und übernehmen dann in der Ukraine das Ruder. Die Dummen sind die Deutschen. „Ihr seid der Souverän, schaut den Politikern auf die Finger“ und Steinmeier muss weg. Schlechte, platte, reaktionärste Demagogie, die das jugendliche Publikum aber nicht weiter zu stören scheint.

Jetzt kommt ein weiterer Redner, der sich in leicht weinerlichem Ton mit den Angriffen gegen die neue „Friedensbewegung 2014“, wie sie von den Organisatoren genannt wird, und gegen die neuen Montagsmahnwachen beschäftigt. Alles das sei nicht wahr, man sei nicht rechts und was da sonst noch alles gesagt würde, das stimme einfach nicht.

WiezurBestätigungderKritikandie- sen neurechten „Events“ kommt jetzt ein Beitrag, der sich ausführlich mit der „Presse- und Journalistenverschwörung“ zum Ukraine Konflikt befasst. Naheliegender wäre, die richtige Annahme in großen Teilen der Bevölkerung zu unterstützen, dass die Frontstellung gegen Russland falsch ist, und dass es deshalb bisher der falschen und selektiven Berichterstattung auch nicht gelingt, diese öffentliche Meinung zu kippen. Aber nein: das Hauptproblem

sind geheime Verbindungen zwischen den Journalisten, die uns geplant und persönlich koordiniert von Instituten im Hintergrund Falsches einhämmern wollen. Dann folgt die Aufforderung zu Shitstorms gegen Journalisten.

Dann geht es weiter mit Beiträgen zur Wirtschaft und zur US-Fremdbestimmung Deutschlands. Da steht bekanntlich die Federal Reserve Bank in den USA im Hintergrund, die alles über den Zins steuert, und das Geldsystem ist sowieso von Übel. Und jetzt noch TTIP. Überhaupt USA: da darf die Verschwörung vom 11. September nicht fehlen. Wie sicher bekannt: der englische Sender BBC hätte die Zerstörung der Türme gemeldet, da wären sie noch nicht zerstört gewesen.

Schließlich nähern sich die Beiträge wieder dem persönlichen Leben und zwar über? – ... das vergiftete Essen. Hier sind die mächtigen Lebensmittelkonzerne mit Genmanipulation und Vergiftung unseres Essens am Werk. Aber, wir können etwas dagegen tun: durch Information und gesundes Essen.

Damit ist dann auch schon die Überleitung zum „offenen Mikrofon“ gegeben. Hier ist nun jeder und jede aufgefordert, zu sagen, was sie oder ihn bewegt. Zaghaft kommen kurze Wortmeldungen und Beiträge zustande über Betroffenheit, Friedenswunsch und richtiges Essen.

Schließlich geht die Veranstaltung ihrem Ende zu. Es werden noch Meinungsausrufe auf das Pflaster gemalt und fürs nächste Mal werden Flyer angekündigt, mit denen man mehr Menschen zu den Montagsmahnwachen mobilisieren will.

Die Strippenzieher und Stichwortgeber

„Montagsmahnwachen“ der angeblichen „Friedensbewegung 2014“?

Diese Inszenierung nahm vor einigen Wochen ihren Ausgangspunkt in Berlin, wo sich dann auch schon mal über 1000 Menschen an Montagen zusammentreffen lassen.

Die zentralen Figuren, die ihren Einfluss über Auftritte auf Montagsmahnwachen vor allem in Berlin, über Social-Media-Beiträge und sicherlich über das Netz der „Organisatorenteams“ geltend machen, sind offensichtlich:

Lars Mährholz: Mährholz gilt als der Initiator der Montagsmahnwachen, zu denen er über Facebook aufrief. Über ihn schreibt die antifaschistische Plattform linksunten.indymedia.org: „Auf seiner am 17. März 2014 gehaltenen Rede sagte Mährholz was zu den Motiven, die ihn zum Aufruf veranlassten: Seit Wochen beschäftige er sich ‚mit der politischen Situation in der Ukraine und schon viel länger mit politischem Weltgeschehen, Medien, Banken, Wirtschaft und Börsen.‘ Bis zu dieser Veranstaltung war der passionierte Fallschirmspringer in der virtuellen Öffentlichkeit politisch nicht präsent. Lars Mährholz war bzw. ist Inhaber mehrerer Unternehmen im Bereich Eventmanagement und ist stellvertretender Geschäftsführer zweier Beherbergungsbetriebe.“ Auf seinen Internetseiten „hat Mährholz ein Sammelsurium politischer Statements eingestellt. Als Referenzen dienen überwiegend antisemitische, rechte oder verschwörungsideologische Internetseiten.“

Jürgen Elsässer: In den 70er und 80er Jahren war Elsässer Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) in Hamburg und Redakteur der Zeitung „Arbeiterkampf“. „Elsässer gilt als einer der ursprünglichen Protagonisten der Antideutschen, hat sich von dieser Strömung jedoch abgewandt und vertrat darauf hin, nach seinem Konflikt mit der Monatszeitschrift konkret, für die er von den 1990er Jahren bis 2002/03 regelmäßig Artikel geschrieben hatte, eine aus dem leninistischen Antimperialismus abgeleitete Position der ‚Anti-Imperialisten‘. 2009 gründete Elsässer die auch für das rechte Spektrum offenstehende Volksinitiative gegen das Finanzkapital, die innerhalb der politischen Linken überwiegend auf Ablehnung stieß. Seit Ende 2010 ist er Chefredakteur des politischen Monatsmagazins Compact, in welchem er u.a. rechtspopulistischen und verschwörungstheoretischen Positionen ein Forum bietet.“ (Wikipedia)

Ken Jebsen: ursprünglich Moustafa Kashefi, „...ist ein deutsch-iranischer Fernseh-Radiomoderator und seit 2011 als freischaffender Reporter tätig. Deutschlandweit bekannt wurde Jebsen 2011 durch seine Entlassung beim RBB (Radio Berlin-Brandenburg),

nachdem er verschwörungstheoretische Positionen vertreten hatte und der Vorwurf des Antisemitismus gegen ihn erhoben worden war.“ (Wikipedia)

Andreas Popp: ist ein weiterer Redner auf Mahnwachen in Berlin und anderswo. Er hat angeblich als Immobilienmakler inzwischen ausgesorgt, wie er verlauten lässt und widmet sich daher der rechten Politik. Sein Hauptthema neben Kampf gegen Fremdherrschaft und Verschwörung gegen Deutschland ist Medien- und Wahlboykott.

Inzwischen wird auch NPD-Führungspersonal bei den Montagsmahnwachen gesichtet, berichtet die „Taz“. Die „Taz“ schreibt am 22.4.2014: „Rechte Montagsdemo in Berlin – Revisionistische Friedensengel. Sie wollen weder rechts noch links sein: Ex-Linke, Verschwörungstheoretiker und NPD-Kader kommen im Namen des Friedens zusammen.“ Weiter berichtet die „Taz“: „Montagsdemo-Initiator Lars Mährholz hatte für die ambitionierte Aufgabe, die rechten Tendenzen seiner Bewegung zu negieren, deren Spitzenpersonal geladen. Neben ihm traten Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer und Verschwörungstheoretiker Andreas Popp auf, im Publikum befand sich der ehemalige RBB-Moderator Ken Jebsen. Mährholz selbst gab die zentralen Botschaften des Abends vor. Die eine war, dass es „Bullshit“ sei, dass seine Bewegung dem rechten Spektrum entspringe und in diesen Gewässern fische. Dass sie bald etwas verändern werde, mit Millionen von Menschen, europaweit, war die andere.“

Eigentlich unnötig kontroverse Diskussionen über den „Umgang“ mit den Montagsmahnwachen

In der Friedensbewegung und in der Partei die Linke gibt es – eigentlich überraschender Weise – durchaus kontroverse Diskussionen darüber, welche Politik gegenüber diesem seltsamen Gemisch von persönlicher Betroffenheit, Friedenswünschen, versteckter oder offener Furcht vor undurchsichtiger „Fremdbestimmung“ auf der einen Seite und handfestem, reaktionären Kalkül durchtriebener nationalistischer Demagogen auf der anderen Seite, eingeschlagen werden soll.

Aus den Reihen der Linken gab es einen Aufruf für eine „solidarische Auseinandersetzung“ mit der „neuen Friedensbewegung“ der „Montagsmahnwachen“. Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke (der eine ehemaliges, der andere aktuelles Mitglied des Parteivorstandes) hielten es für notwendig „noch einen drauf“ zu setzen (wie sie sagen) und im ideologischen rechten Sammelsurium der neuen Montagsmahnwachen womöglich doch noch irgendwie gemeinsame Themen zu entdecken. Konstantin Wecker – der ehrenwerte und engagierte Liedermacher – begibt

sich aufs Feld der größeren Politik und will sich differenziert mit den Anliegen der Montagsmahnwachen befassen.

Jetzt mal langsam. Wer falsche Fragen stellt, produziert die falschen Antworten gleich mit.

Mit den Montagsmahnwachen kann sich die Friedensbewegung und die Linke – die mehr ist, als die Partei die Linke – nicht „solidarisch“ auseinandersetzen. Erstens: gibt es keine „neue Friedensbewegung 2014“, sondern es gibt die Inszenierung der „Montagsmahnwachen“. Zweitens: die Montagsmahnwachen muss man erstmal nehmen als das, was sie sind: Von „oben“, also zentralistisch angesetzte Inszenierung unter Missbrauch der Gefühle und der Betroffenheit von Menschen. Auseinandersetzen muss man sich also erstmal mit den Initiatoren und den Organisatoren/innen. Viele Leute, die daran teilnehmen – aber nicht alle – nehmen daran mit subjektiv friedensinteressierten Motiven oder eben einfach auch aus gewisser Neugierde und Interesse teil. Drittens: Jeder und jede, die an diesen über Facebook und Co. inszenierten „Events“ teilnehmen, muss sich doch als erwachsender Mensch fragen lassen, ob er/sie sich im Klaren ist, für was und für wen sie dort die Staffage abgeben. Und viertens: selbstverständlich setzen wir uns immer dafür ein, dass Mit- und Aufläufer/innen falscher Ideologien für Richtiges gewonnen werden. Das ist ja nun wirklich nicht neu. Auch z.B. die AfD hat viele Unterstützerinnen und Unterstützer – manche auch frühere Wählerinnen und Wähler der Linken – die wir für fortschrittliche Politik gewinnen wollen. Deswegen rufen wir doch nicht zur „solidarischen“ Auseinandersetzung mit „der“ AfD auf.

Der Vorstand der Partei die Linke hat am 25./26. Mai 2014 einen klaren Beschluss gefasst: „Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine – Heraus zum 31. Mai – keine Unterstützung von rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch durchsetzten Veranstaltungen der sogenannten Friedensbewegung 2014“ (

Politik der EU gegenüber Osteuropa, der Ukraine und Russland bestimmt.

Das friedensinteressierte Publikum der sog. „Montagsmahnwachen“ (von den Veranstaltern „Friedensbewegung 2014“ titulierte) sollten wir also einladen, sich an den örtlichen Aktivitäten der Friedens- und Antikriegsbewe-

gung der nächsten Zeit zu beteiligen.

Zur weiteren Information zu den Hintermännern und öffentlichen Stichwortgebern nachfolgend zwei Links:

Ein Interview des Bermudafunks mit Volkmar Wölk <http://www.freieradios.net/64032>. Volkmar Wölk ist seit mehr als zwei Jahrzehnten Mitheraus-

geber der Antifaschistischen Nachrichten und Mitarbeiter der Zeitschrift der „Rechte Rand“. Ein aufschlussreicher Beitrag zum genannten Personenkreis brachte auch die Sendung Kulturzeit von 3sat: <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=43784>

Christoph Cornides

Flüchtlingspolitik

„The way is closed“: Australische Regierung feiert ihre rigiden Grenzpolitik

Der australische Premierminister Tony Abbott von der konservativen Liberal Party of Australia hat Ende März auf die Erfolge der rigiden und repressiven Flüchtlingspolitik seiner neuen Regierungskoalition hingewiesen. Im Rahmen einer Feier anlässlich des hundertsten Tages ohne Anlanden eines illegalen Flüchtlingsschiffes an der australischen Küste verkündete Abbott die Parole der Grenzpolitik

Abbott. „Operation Sovereign Borders“ (OSB) ist eine Militär-gestützte Grenzsicherungspolitik, um systematisch die Boote von Flüchtlingen zu stoppen. Die australische Regierung sagt von sich, sie habe mit „Operation Sovereign Borders“ die härtesten Grenzschutzmaßnahmen eingerichtet, um für immer den Menschensmuggel zur See an Australiens Grenzen zu bekämpfen.

gen, mehr Flüchtlinge zurückzuweisen als in die Lager aufgenommen worden seien.

Auf Nachfragen von Journalisten wollte der Premierminister sich nicht dazu äußern, wie viele Boote mit Flüchtlingen im Rahmen der „Operation Sovereign Borders“ Richtung Indonesien zurückgeschleppt worden sind. „Wir wissen, dass eine Reihe von Booten abgefangen worden sind. Die Menschen an Bord wurden in orange-

Attachment A – Labor's record: 48,300 illegal boat arrives since 2007



Mit dieser Landkarte machte der konservative Tony Abbott Wahlkampf gegen Labor-Regierung und gewann die Wahlen: „Rekord von Labor: 48.300 illegale Anlandungen seit 2007“

seiner Regierung: „The way is closed!“ (Der Weg ist verschlossen). Dabei stand er zwischen zwei Schautafeln, die die Anzahl der angelandeten Flüchtlingsschiffe unter der abgewählten Regierung der Australian Labor Party zeigten, nämlich 66 Schiffe, und die Zahl „seiner“ konservativen Koalition: 0 Schiffe.

In den ersten hundert Tagen der Koalition sei es vor allem der Initiative des neuen Einwanderungsministers Scott Morrison zu verdanken, dass sich die Anzahl der Flüchtlingsschiffe verringert hätte. Der „Operation Sovereign Borders“ (Operation Souveräner Grenzen) genannten Grenzpolitik unter Morrison sei es darauf hingelungen, in den weiteren hundert Tagen die Zahl der Flüchtlingsschiffe auf null zu reduzieren. Minister Morrison habe seine Aufgabe zur Begrenzung der Flüchtlingsschiffe auf „herausragende Weise“ gelöst, so ein sichtlich stolzer Premier

„It's too early to proclaim victory:“ Es sei zwar zu früh, den Sieg zu verkünden und dass der Job getan sei. Am Ende der Monsunzeit würden wieder verstärkt Menschensmuggler versuchen, Flüchtlinge in Australien anzulanden. Aber „wir können mit Bestimmtheit feststellen: Der Weg über die See ist den Flüchtlingen nun verschlossen“, betonte Morrison. Dann erklärte er, wie er sich den Fortgang der „Operation Sovereign Borders“ vorstellt. Es gelte jetzt, sich die rund 30 000 in Lagern lebenden Asylbewerber genau anzuschauen und über ihren politischen Status zu entscheiden. Nicht anerkannte Flüchtlinge würden sofort zurückgeführt. Dank der neuen Grenzpolitik seien bereits 606 Menschen entweder freiwillig aus den Flüchtlingslagern in ihre Heimat zurückgekehrt oder sie seien mehr oder minder gewaltsam rückgeführt worden. Erstmals seit 2008 sei es Australien mit dieser strengen Politik gelun-



Ein ironisches Plakat zur Flüchtlingspolitik des australischen Ministerpräsidenten Tony Abbott: „Illegale Einwanderer müssen zurück nach Hause!“ – Ein Aborigine, sogenannter Ureinwohner Australiens, dazu: „Oh! Im Ernst? Und wann gehst du?“

farbene Rettungsboote gebracht und zurückgeschickt“, sagte der Rechtsanwalt Burnside, der sich für Asylsuchende auf Nauru einsetzt. Australien hat eine Reihe von pazifischen Inselstaaten wie Nauru und Papua-Neuguinea verpflichtet, Flüchtlingslager zu errichten, damit Australien das Thema der illegalen Einwanderung „vom Tisch hat“.

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

„The Australian“, 29.03.14; <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/policy/the-way-is-closed-abbott-declares-on-asylum-seeker-boats/story-fn9hmlgu-1226868417591>; <http://www.abc.net.au/news/interactives/operation-sovereign-borders-the-first-6-months/>

Jordanien: Elektrizitätsmitarbeiter gewinnen

Nach einem dreiwöchigen Streik haben die Arbeiter der Jordan Electric Power Company nach der erfolgreichen Verhandlung über ein Abkommen mit dem Unternehmen die Arbeit wieder aufgenommen. Die endgültige Vereinbarung beinhaltet Rechte und Errungenschaften für die Arbeiter, in einem Gesamtvolumen von 3,8 Millionen Dinar (3,9 Millionen Euro). Die Vereinbarung gilt für einen Zeitraum von zwei Jahren und beinhaltet folgendes pro Monat: einen Gehaltsanstieg von 30 Dinar (31 €); Lebenshaltungskostenpauschale von 25 Dinar (26 €); Risikoausgleich von 15 Dinar (16 €); 15 Dinar (16 €) für Schatzmeister; 20 Dinar (21 €) für die Transport-Abteilung. Darüber hinaus wurde ein Solidaritätsfonds eingerichtet, in dem ein Beitrag der Arbeiter von 15 Dinar pro Monat sowie weitere 15 Dinar von der Gesellschaft eingezahlt wird. Diese Beiträge werden jährlich um 5 Dinar für jede Partei erhöht. Gemäß der Vereinbarung zahlt, wenn ein Arbeiter das Rentenalter erreicht, ein Solidaritätsfonds 25 000 Dinar für jeden Beschäftigten, der für das Unternehmen mindestens 15 Jahre gearbeitet hat und in den Fonds für nicht weniger als fünf Jahren eingezahlt hat. Das Unternehmen hat sich auf den Verzicht von Sanktionen gegen Arbeiter verpflichtet, die im Streik gewesen sind, während die Gewerkschaft sich verpflichtet hat, keine Streiks für die Dauer der Vereinbarung zu führen.

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 16.6.2014

Indien: Frauenpower bei Hafengewerkschaft

Die Stärke weiblicher Beschäftigter wurde vor kurzem im indischen Kandla gewürdigt, als bei der dortigen Hafengewerkschaft ein Frauentreffen mit 90 Teilnehmerinnen stattfand. Sharon James, Sekretärin der ITF-Sektion Häfen, und Sangam Tripathy, stellvertretender ITF-Regionalsekretär für Asien/Pazifik, nahmen an der Mitgliebersitzung der Transport and Dockworkers' Union (TDWU) in Kandla teil. James pries die TDWU für ihre ausgesprochen progressive Einstellung zu weiblichen Beschäftigten und verwies besonders auf die Tatsache, dass die der ITF angeschlossene Gewerkschaft zwar in einem sehr männerdominierten Umfeld tätig ist, aber eine diversifizierte Organisationsarbeit betreibt. James traf sich mit Aktivist/innen und erfuhr mehr über ihre Herausforderungen, speziell im Zusammenhang mit potenziellen Entwicklungsvorhaben im Gebiet. Ein weiteres wichtiges Gesprächsthema waren die Möglichkeiten für die Gewerkschaft, zu organisieren und zu wachsen. Frauen

aus diversen Hafenbereichen, darunter Straßenfegerinnen aus der Außenabteilung, Ingenieurinnen sowie Medizin-, Seebetriebs- und Finanzkräfte, sprachen über ihre Erfahrungen und Meinungen zur Gewerkschaft und deren Rolle in ihrem Arbeitsleben. Einige der ehemals als Tagelöhner beschäftigten Frauen berichteten davon, wie es ihnen mit Unterstützung der Gewerkschaft gelungen ist, eine reguläre Anstellung zu erhalten. Allerdings gibt es immer noch Beschäftigte in dieser Situation, und die Gewerkschaft versprach, sich für sie einzusetzen. Seema Mohan, Sekretärin der TDWU-Kandla und regionale Frauenvertreterin für Asien/Pazifik der ITF-Sektion Häfen, sagte: „Wir haben darüber gesprochen, was es für uns bedeutet, Gewerkschaftsmitglieder zu sein, in der Praxis und tagtäglich. Die Gewerkschaft hat eindeutig einen wichtigen Beitrag zum Wohlergehen ihrer Mitglieder in verschiedenen Belangen geleistet, aber unsere Arbeit ist noch nicht getan. Wir werden uns weiter für die Gleichstellung und menschenwürdige Bedingungen für alle unsere Mitglieder einsetzen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 16. Juni 2014

Thailand: Triumph für Bahnbeschäftigte

Nach einer siegreichen Kampagne wurde in Thailand in der vergangenen Woche die Kündigung führender Mitglieder einer Bahngewerkschaft aufgehoben. Der Konflikt hatte im Oktober 2011 nach einer Reihe von Bahnunglücken begonnen, die sieben Menschen das Leben kosteten. Mitglieder der der ITF angeschlossenen State Railway Workers' Union of Thailand (SRUT) waren daraufhin aktiv geworden und mit massiver Kritik an der Bahnsicherheit an die Öffentlichkeit getreten. Nur 12 % der thailändischen Züge sind mit dem so genannten Totmann-Hebel – einer wichtigen Sicherheitsvorrichtung – ausgestattet. Bei dem am tödlichen Zusammenstoß beteiligten Zug hatte dieser Hebel nicht funktioniert. Darüber hinaus hatte der Lokführer in den 30 Tagen vor dem Unfall nur einen einzigen freien Tag. Statt die Sorgen der Gewerkschaft aufzugreifen, hatte das Management der staatlichen Eisenbahn Thailands (SRT) mit Entlassungen und einem langwierigen Rechtsverfahren gekontert. Letzten Endes wurden sieben führende Mitglieder der SRUT entlassen und zu einer Geldstrafe von 15 Millionen THB (340 000 Euro) verurteilt. Sechs führende Mitglieder der Geschäftsstelle Hat-Yai wurden im Zuge des Konflikts entlassen. Dies löste eine weltweite Welle der Solidarität mit den Beschäftigten aus. Die ITF führte gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen eine Kampagne durch und

erhob mit anderen Gewerkschaften Beschwerde bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Die SRUT setzte ihre Kampagne in Thailand unbeirrt fort, und im März 2013 begann ein Ausschuss von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter/innen, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Am 3. Juni wurde die vom Ausschuss beschlossene Aufhebung der Entlassungen der Mitglieder der Hat-Yai-Geschäftsstelle mit der Unterzeichnung der Wiedereinstellungsanordnung durch den Leiter der SRT in die Tat umgesetzt. Sie erhalten rückwirkend ihre gesamten verlorenen Gehälter. Es ist davon auszugehen, dass mit den nationalen Spitzenfunktionären der SRUT genauso verfahren wird. Dazu Mac Urata, der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen: „Wir werden die Lage zwar weiter wachsam im Auge behalten, bis alle Kündigungen aufgehoben sind. Dennoch ist dies ein großartiger Erfolg für die Gewerkschaften und die ITF. Die SRUT hat sich vehement und mit hochrangiger Unterstützung für dieses Ergebnis eingesetzt. Jetzt freuen wir uns mit ihr über diesen Sieg.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 11. Juni 2014

Neuseeland: Durchbruch für Fahrer/innen

In Neuseeland konnten Tankwagenfahrer/innen in der vergangenen Woche die erfolgreiche Beilegung eines Monats währenden Arbeitskonflikts feiern. Anfang Mai waren die Verhandlungen für bessere Bedingungen bei Toll, einem Tochterunternehmen des australischen Logistikkonzerns Toll Holdings mit Sitz auf der neuseeländischen Nordinsel, abgebrochen worden. Nach Informationen der ITF-Mitgliedsorganisation First verdient das Fahrpersonal bei Toll weniger als zwei Drittel des nationalen Durchschnittslohns von Tankwagenfahrer/innen. Toll ist ein Vertragsunternehmen des Mineralölkonzerns BP, und Mitglieder der First zeigten ihre Solidarität, indem sie Streikposten vor BP-Tankstellen organisierten. Auch die der ITF angeschlossene Australia Transport Workers Union forderte das australische Unternehmen Toll nachdrücklich dazu auf, mit den Beschäftigten in Neuseeland in Verhandlungen einzutreten. Dieser zunehmende Druck und die Unterstützung der globalen Gewerkschaftsverbände IndustriALL und ITF bewegten Toll schließlich zur Rückkehr an den Verhandlungstisch. Der am 27. Mai abgeschlossene Vertrag schützt die Gewerkschaftsrechte bei Toll und sieht Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen vor. Der Organisationsbeauftragte der First Jared Abbott bedankte sich für die lokale und internationale Unterstützung und erklärte: „Zu guter

Letzt setzten die Beschäftigten einen neuen Kollektivvertrag mit einer angemessenen Lohnerhöhung durch.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 6.6.2014

Panama: Lohnerhöhung erkämpft

Nach wochenlangen Streiks haben sich in Panama die Bauarbeitergewerkschaft Suntracs und die Branchenvertretung Capac auf eine Lohnerhöhung um 36 Prozent in vier Jahren geeinigt. Für die mit der Erweiterung des Panamakanals beschäftigten Arbeiter fiel die Anhebung noch höher aus. Der Arbeitskampf hatte die Arbeiten am Kanal und andere Bauprojekte zum Erliegen gebracht. Suntracs, die mehr als 70 000 Arbeiter vertritt, hatte 80 Prozent mehr Lohn gefordert, die Unternehmen hatten 21 Prozent geboten. Diese Zahlen relativieren sich durch die hohe Inflationsrate. Die Baubranche ist einer der wichtigsten Wirtschaftsmotoren Panamas. Der Immobilienboom hat für enorme Gewinne gesorgt: 337 Prozent in den vergangenen acht Jahren. Gleichzeitig blieben die Lohnzuwächse der Bauarbeiter mit 18 Prozent im gleichen Zeitraum deutlich unter dem Preisanstieg zurück.

Quelle: **Verdi-publik**, 29.4.2014

UNHCR: Straflosigkeit der Unternehmen stoppen

Im Juni 2014 findet in Genf die 26. Tagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNHCR) statt. Der Menschenrechtsrat will die Annahme einer Resolution diskutieren, um ein rechtsverbindliches Instrument zu etablieren, das verbindliche Regeln für Menschenrechte und transnationale Unternehmen (TNCs) durchzusetzen soll. Als Folge der anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen wie der Rana Plaza Katastrophe 2013 in Bangladesch, bei der 1.132 (meist weibliche) Beschäftigte getötet wurden, dem Marikana Massaker an 34 Bergleuten 2012 in Südafrika, der anhaltenden Zerstörung von Shell in Nigeria Ogoniland und von Chevron in dem ecuadorianischen Amazonasgebiet sowie den Menschenrechtsverletzungen in dem Cerrejon-Kohlebergwerk in Kolumbien verbunden mit unzähligen anderen Menschenrechtsverletzungen, zeigen die Notwendigkeit für radikale Maßnahmen, um die verheerenden Auswirkungen durch transnationale Konzerne zu kontrollieren. Um Druck auf den UNHCR auszuüben, um verbindliche Normen für transnationale Konzerne zu beschließen, hat sich ein Zusammenschluss von sozialen Bewegungen, Netzwerken und Organisationen der Zivilgesellschaft gebildet, der eine volle Woche der Mobilisierung in Genf und dezentrale Aktionen rund um die Welt

organisiert hat. Das Ziel der Mobilisierungswoche ist nicht nur, den UNHCR unter Druck zu setzen, sondern auch die globale politische und wirtschaftliche „Architektur der Straflosigkeit“ zu entlarven, die die Operationen der transnationalen Konzerne schützen auf Kosten der Menschenrechte. Dies geschieht seit Jahrzehnten durch Investitionsabkommen (und Schiedsgerichten wie ICSID der Weltbank), durch die WTO und eine lange Geschichte der vom IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramme, jetzt in Europa durch den Troika-Pakt für Wettbewerbsfähigkeitspolitik und eine Reihe von Freihandelsabkommen wie Nafta, FTA EU-Colombia, TTIP, TPP etc. Angesichts der Intensivierung und zunehmend ungeheuerlichen Unternehmensmensenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen fordern die betroffenen Gemeinden und sozialen Bewegungen Zugang zum Recht und ein endgültiges Ende der systematischen Straflosigkeit für transnationale Unternehmen.

Quelle: www.treatymovement.com

Bau und Holzarbeiter Internationale: Sicherheit beim Bau von Sportanlagen

Der tragische Verlust von Menschenleben und die straffreie Ausbeutung von Arbeitern im Zuge der Vorbereitung auf Sportgroßereignisse, darf nicht weiter hingenommen werden“, sagte Ambet Yuson im Rahmen einer Kundgebung der Bau und Holzarbeiter Internationale (BHI) vor dem UN-Gebäude in Genf am 5. Juni 2014. Die weit verbreitete und systematische Ausbeutung von Bauarbeitern bei Sportgroßereignissen wurde von rund 80 Menschen und weiteren globalen Gewerkschaftsverbänden, darunter IndustriAll und IUL, verurteilt. Rote Bauarbeiterhelme, symbolisierten den Blutzoll, den Bauarbeiter in der Vorbereitung der vorherigen Spiele zahlen mussten. Am Nachmittag fand am Sitz der UN ein Diskussionsforum statt. Die von der BHI in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB, ILC) und der UN durchgeführte Veranstaltung, erhielt rege Aufmerksamkeit von Seiten der ILC-Abgeordneten. Die Veranstaltung veranschaulichte die Arbeit der Gewerkschaften und war gleichzeitig Teil der Kampagne für menschenwürdige Arbeit, Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte. Sharan Burrow, die Generalsekretärin des IGB, die auch unter den Diskussionsteilnehmern war, sagte: „Die Realität zeigt, dass das Investment über Menschen- und Arbeitnehmerrechte gestellt wird. Das gravierendste Beispiel dafür ist die geplante Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar. Die Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter, die einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte in Katar in der

Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft 2022 ausmachen, sind verheerend. Häufig werden sie ausgebeutet und zu Zwangsarbeitern gemacht. Es muss mit Abertausenden von Todesopfern unter den Arbeitern in Katar gerechnet werden. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte von Migranten, François Crepeau, wies auf die bevorstehende Veröffentlichung eines Berichts des UN-Menschenrechtsrates hin. Er unterstrich auch, dass die Entsendeländer der Wanderarbeiter die Verantwortung für die Schulung und Verbesserung der beruflichen Fertigkeiten und Fähigkeiten tragen. Nur so könnten diese Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, sich selbst zu verteidigen. Raimundo Gomes von Novato Sintepav-CE, einer Mitgliedsgewerkschaft der BHI aus Brasilien, hob die in seinem Land für die Weltmeisterschaft im Jahr 2014 durchgeführten Projekte hervor: „12 Stadien, 45 Projekte im Bereich Stadtplanung, 30 Flughäfen und sechs Häfen wurden für die Weltmeisterschaft gebaut. Diese Investitionen sind auch eine Hinterlassenschaft für die Zukunft der brasilianischen Gesellschaft.“ Er führte an, dass 26 Streiks die Löhne der Arbeiter und die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen verbessert haben. Bis jetzt, eine Woche vor dem Beginn der Spiele, sind in Brasilien neun Arbeiter gestorben. „Gewerkschaften müssen einbezogen werden und zusammenarbeiten, um die Fußballverbände Fifa und Uefa unter Druck zu setzen und sie dazu zu bewegen, Verantwortung zu übernehmen. Die Fifa darf sich nicht nur um ihre finanziellen Gewinne kümmern, sondern muss auch Menschen achten“, sagte Vasyl Andreyev, Präsident der ukrainischen Bauarbeitergewerkschaft. In der Ukraine kamen im Zuge der Vorbereitungen auf die Europameisterschaft 2012 insgesamt 20 Arbeiter ums Leben. Gabriel Rodriguez Mocho von der ITF, bemerkte: „Heute haben die ITF und der IGB eine Klage gegen den Staat Katar bei der ILO eingereicht. Die Anklage wirft Katar vor, seiner staatlichen Fluggesellschaft, Qatar Airways, zu erlauben, die ILO-Konvention 111 über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) zu missachten. Weibliche Flugbegleiter sind geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist die vertragliche Untersagung der Eheschließung innerhalb der ersten fünf Anstellungsjahre. Außerdem gibt es eine Bestimmung von Seiten des Unternehmens, die die Besatzungsmitglieder dazu zwingt, ihre Schwangerschaft mitzuteilen und die es erlaubt Besatzungsmitglieder im Falle einer Schw

Ukraine-Erklärung: Aus Sorge um den Frieden

Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen „dem Westen“ und Russland eskaliert! Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen Kampf um Einflussphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere „Strafmaßnahmen“ der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer „Übergangsregierung“ zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen.

Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend. In der Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen Nato und Russland vom Mai 1997 haben sich beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden“ zu schaffen. „Die Nato und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen“, heißt es dort. Beide Seiten strebten „ein Europa ohne Trennlinien oder Einflussphären“ an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. „Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen“,

sowie andere „Meinungsverschiedenheiten“ sollten auf der Grundlage des „gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen“ beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die Nato mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten Krieg gegen Serbien die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben – bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung – ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme – ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich. Die hemmungslose Osterweiterung der Nato, die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser „Grundakte“ wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland „tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen“ und „in beipielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die Nato nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt! Wie der Website von Jazenjuks Stiftung „Open Ukraine“ zu entnehmen ist, haben das US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen „Annexion“ oder „Invasion“ an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben.

Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorg-

ten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerung en und Minderheiten friedlich zu lösen sind.

Hören wir auf, ständig an der Ukraine herumzuzerren! Niemand ist berechtigt, sein Gesellschaftsmodell anderen Staaten zu oktroyieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich eine Politik zugunsten von reichen Minderheiten auf Kosten einer dramatischen sozialen Spaltung der Weltbevölkerung ausweitete. Es wäre ein Verbrechen, dafür den Weltfrieden zu gefährden. Wehren wir uns, bevor es erneut zu spät ist!

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum Abbau der aufgebauten Spannungen und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden. Wir fordern von Politik und Medien, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg. Wir fordern den Stopp von ökonomischen „Strafmaßnahmen“, die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.

Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen.

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation.

IPPNW: Konfliktbearbeitung und Kooperation statt Konfrontation

BERLIN. Die Forderung des Bundespräsidenten nach einer größeren Bereitschaft Deutschlands zu Militäreinsätzen kritisiert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW. Stattdessen sei ein politischer Paradigmenwechsel notwendig hin zu ziviler Konfliktbearbeitung. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom Wochenende hatte Gauck militärische Interventionen damit gerechtfertigt, dass Deutschland an der Seite der Unterdrückten stehen und für Menschenrechte kämpfen müsse. Susanne Gra-

benhorst, Vorsitzende der IPPNW, erklärt: „Wir wissen, dass das Ziel die Mittel bestimmen muss: Wer Frieden erreichen will, der muss dementsprechend auch friedliche Mittel einsetzen. Sogenannte humanitäre Interventionen sind angesichts der vielen aktuellen Krisenlagen völlig unglaubwürdig. Auch in der deutschen Politik werden die vielen aktuellen Krisenlagen durch die Brille von Ressourcen, Transportwegen und global-strategischen Interessen betrachtet. In Wahrheit hat sich doch immer wieder gezeigt, dass Kriege für die nachhaltige Durchsetzung von Demokratie und Frieden absolut ungeeignet sind.“ www.dfg-vk.de/willkommen/

fair statt foul – im Sport und in der Wirtschaft!

BERLIN. Die Kampagne fairplay verlangt von den deutschen Unternehmen, Menschen- und Arbeitnehmerrechte einzuhalten und die Umwelt zu schützen – in Brasilien und weltweit. fairplay beschäftigt sich auch mit dem Sponsoring der Konzerne. Erst dadurch ist Fußball ein Mega-Geschäft geworden, von dem aber nur wenige profitieren. Das ist 2014 bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien wieder so. Deutsche Konzerne wie ThyssenKrupp, Siemens,

Geschäften in Brasilien zu wenig um schädliche Auswirkungen ihrer Investitionen gekümmert. Die Fußball-WM bietet die Chance, diese Missstände im größten Land Lateinamerikas stärker in den Fokus zu rücken. Fußball-Fans in aller Welt fiebern dem 12. Juni 2014 entgegen. Dann rollt das runde Leder am Zuckerhut und Amazonas. Aber eine Viertel Million BrasilianerInnen mussten an den 12 WM-Spielorten dem Neubau von Stadien weichen. Im Jahr der Fußball-WM rufen wir Kritischen Aktionäre zu fairplay auf – auch in der Wirtschaft! Adidas, Continental, Deutsche Telekom, VW und viele andere Unternehmen hoffen, dass etwas vom Glanz des Fußballs auf sie abstrahlt. Für die Schattenseiten einer Weltmeisterschaft – egal ob in Südafrika (2010), Brasilien oder Katar – interessieren sie sich nicht.

www.kritischeaktionen.de/fairplay.html

NRW-Hochschulgesetz: Geheimhaltung statt Transparenz

DÜSSELDORF. Unternehmen bestellen Studien, engagieren Professor/innen und gründen Institute, die in ihrem Auftrag forschen. Trotz anders lautender Versprechen will die NRW-Landesregierung die Kooperation von Hochschulen mit der Industrie nun doch im Dunkeln belassen. Eine öffentliche Diskussion über die Ziele universitärer Forschung wird dadurch verhindert. Am Mittwoch findet am Düsseldorfer Landtag eine Protestaktion statt. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) kritisiert das Einknicken der NRW-Landesregierung vor den Drohungen der Wirtschaftsverbände. Auch künftig soll nach den Plänen des Wissenschaftsministeriums die Zusammenarbeit von Universitäten mit der Industrie weitgehend geheim bleiben. Der ursprüngliche Entwurf des neuen Hochschulgesetzes hatte vorgesehen, zumindest die Inhalte, den finanziellen Umfang und die an den Drittmittelprojekten beteiligten Akteure vorab offenzulegen. Die Landesregierung gab jedoch dem Druck der Industrie nach und schwächte den entsprechenden Passus ab: Die Öffentlichkeit soll nun erst im Nachhinein informiert werden; Art und Umfang der Offenlegung bleiben im Ermessen von Hochschulen und Unternehmen. Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: „Der Gesetzentwurf bekräftigt das Primat wirtschaftlicher Interessen gegenüber einer Forschung, die dem Allgemeinwohl verpflichtet ist.“ Mimkes kritisiert, dass die Öffentlichkeit erst nach Beendigung einer Kooperation informiert werden soll. Hierdurch werde eine Diskussion über die Ausrichtung universitärer Forschung verhindert. „Öffentliche Einrichtungen, die aus Steuergeldern finanziert werden, müs-

sen sich dieser Debatte stellen – und zwar nicht erst, wenn bereits Fakten geschaffen wurden. Wir benötigen bindende Regeln zu Art und Umfang der Offenlegung, sonst werden die Firmen alle relevanten Informationen als „Betriebsgeheimnisse“ deklarieren. Wenn die Regierung ihr Versprechen halten will, für mehr Transparenz zu sorgen, muss der Entwurf dringend überarbeitet werden“, so Mimkes weiter ... Der Forderung nach Offenlegung des Vertrags haben sich zahlreiche Verbände angeschlossen, darunter Transparency International, der Deutsche Hochschulverband und die Ärzte-Vereinigung IPPNW. Der DGB-Gewerkschaftstag forderte Anfang Mai: „Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung entgegen gewirkt werden. Zwecke der Forschung müssen der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.“ www.cbgnetwork.org

Paritätischer: Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes vor

BERLIN. Als komplett gescheitert kritisiert der Paritätische Gesamtverband das vor über drei Jahren eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Anlässlich des aktuell in Berlin stattfindenden 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages legt der Paritätische ein eigenes Alternativkonzept zum Bildungspaket vor. Statt des bestehenden bürokratischen Gutscheinsystems, das hohe Hürden für die Inanspruchnahme erzeuge, schlägt der Verband die Einführung eines einklagbaren Rechtsanspruchs für alle Kinder auf Angebote der Jugendarbeit vor. „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist ein bürokratischer Murks, der an der Lebensrealität Heranwachsender ebenso vorbeigeht wie an den Strukturen vor Ort. Besonders die Musik- und Sportgutscheine haben sich als Luftnummer entpuppt und laufen vor Ort vielfach ins Leere“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Mit der Verortung in der Arbeitsgrundversicherung bzw. Sozialhilfe habe der Gesetzgeber einen grundsätzlich falschen Weg eingeschlagen. „Junge Menschen

sind keine kleine Arbeitslosen. Jugendhilfe gehört ins Jugendamt und nicht ins Jobcenter“, so Schneider. Der Paritätische fordert in seinem Konzept „Kinder verdienen mehr: Kinder- und Jugendarbeit für alle!“ die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepaketes und stattdessen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Für Kinder im Hartz IV-Bezug und in anderen Haushalten mit niedrigen Einkommen sei zudem die Kostenfreiheit der Maßnahmen zu garantieren. „Damit jedes Kind die individuell bestmögliche Förderung erhält, brauchen wir einen radikalen Neustart in den Förderleistungen“, so Ulrich Schneider. www.paritaetische.de

Verfassungsschutzbericht 2013: Anstieg rassistischer Gewalt

DRESDEN. Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen haben den Verfassungsschutzbericht 2013 vorgelegt. Während das rechtsextreme Personenpotenzial mit 21.700 leicht rückläufig ist (2012: 22.150), bleibt die rechtsextreme Gewalt mit 801 Übergriffen (2012: 802) beinahe gleich. Rassistische Gewalt verzeichnet mit 473 Straftaten (2012: 393) einen Anstieg um 20,4 %. Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden geben auch die Beobachtungen der Amadeu Antonio Stiftung wieder. Die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt durch Rechtsextreme sinkt weiter. Rassistische Gewalt nahm insgesamt um mehr als 20 % zu. Besorgniserregend ist der deutliche Anstieg von Übergriffen gegen Flüchtlinge und andere Minderheiten. Die Verdoppelung der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zeigt, dass die Hetzkampagnen der Rechtsextremen unmittelbar zu Gewalt führen. Mit rassistischen Kampagnen schaffen es Rechtsextreme, auch Teile der Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren. Gefährlich sind die Schnittstellen zu anderen bürgerlichen Initiativen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen, die zum Teil von NPD und anderen gesteuert werden. Mit ihrer hohen Kampagnenfähigkeit etabliert die rechtsextreme Szene erfolgreiche Formen neben den festen Organisationsstrukturen. Dabei bilden die Parteien immer noch das organisatorische Rückgrat für die Szene, um mithilfe des Parteienprivilegs Veranstaltungen und Demonstrationen anzumelden, die sonst verboten würden. Dennoch darf es nicht dabei bleiben, allein auf ein Verbot von NPD und anderen Organisationen zu drängen. Vielmehr braucht es eine gesamtgesellschaftliche Debatte, die rassistischen Stimmungen den Boden entzieht:

www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/



Kommunalwahl NRW: Leichte Stimmengewinne und 150 Mandate mehr für Die Linke

Die folgende Übersicht über die Ergebnisse der Kommunalwahl NRW ist dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes des kommunalpolitischen forums nrw e.V., der kommunalpolitischen Vereinigung der Partei Die Linke. NRW, entnommen. Er wurde auf einer Mitgliederversammlung am 19.6. 2014 in Bochum von Wolfgang Frey vorgelegt.

Der letzte Vorstand des kommunalpolitischen forum nrw wurde rund vier Wochen nach der Landtagswahl 2012 gewählt. Rot-Grün hatte eine deutliche Regierungsmehrheit, Die Linke hatte den Sprung in den Landtag mit knapp 2,5 % der Stimmen sehr deutlich verfehlt, die Piraten waren das erste Mal eingezogen.

Die Niederlage saß tief und hatte auch für das kopfo weitreichende Folgen ... Eine ... Aufarbeitung der Niederlage zur Landtagswahl hat im Landesverband Die Linke nicht sehr umfassend stattgefunden. Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen dazu. Eine Aufarbeitung ist aber nach wie vor wichtig, um Fehler in Zukunft zu vermeiden und eine landespolitische Strategie für den Wiedereinzug in den Landtag zu entwickeln.

Immerhin: Nach den Bundestagswahlen im letzten Jahr, die eine deutliche Stabilisierung gebracht haben, findet die diesjährige Versammlung ebenfalls vier Wochen nach wichtigen Wahlen statt, die für Die Linke ebenfalls erheblich besser ausgegangen sind. Sowohl bei der Europawahl (+ 0,1 %) als auch bei der Kommunalwahl (+ 0,3 %) konnte Die Linke ihr Ergebnis leicht verbessern und erreichte 4,6 % bzw. 4,7 % der Stimmen. Damit liegt sie landesweit in einer Größenordnung mit der FDP, in vielen Großstädten ist Die Linke viertstärkste Kraft geworden.

Die CDU hat bei den Kommunalwahlen weiter verloren und stellt nur noch in Hamm einen Oberbürgermeister. Die FDP hat sich gegenüber dem sehr guten Ergebnis 2009 in etwa halbiert, die Grünen haben nach dem 2009 ebenfalls außerordentlichen Ergebnis leicht verloren. Hinzugewonnen hat neben der Partei Die Linke auch (wieder) die SPD (2 %).

Absolut hat Die Linke ihr Potential jedoch nicht ausgeschöpft. Sie erhielt bei der Europawahl 322.197 Stimmen und bei der Kommunalwahl 326.860 Stimmen. Bei der Bundestagswahl im September 2013 erhielt sie jedoch absolut rund 260 000 Stimmen mehr, das waren 6,1 %.

Aufs Land betrachtet waren

die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Im Ruhrgebiet (RVR-Gebiet) verlor sie – ausgehend von einem vergleichsweise hohen Niveau – im Durchschnitt 0,4 % der Stimmen, in Städten wie Köln (+2,6 %), Bonn (+2,4 %), Aachen (+ 2,0 %), Münster (+1,7 %), Bielefeld (+1,5 %) und – einer Ausnahme im Ruhrgebiet – Dortmund (+ 1,3 %) gewann sie deutlich hinzu.

Teilweise lässt sich ein Bezug zwischen schlechten Wahlergebnissen und der Zerstrittenheit von Fraktionen in den Jahren vorher ausmachen. Solche Beziehungen sind aber nicht überall deutlich, sonst wäre es nicht erklärbar, dass Die Linke in Münster deutlich zugelegt hat, obwohl von der vorherigen Ratsfraktion zuletzt niemand mehr „übrig“ war.

Die unterschiedlichen Ergebnisse deuten aber – wie schon bei vergangenen Wahlen – auf Umschichtungen bei unseren Wähler/innen hin.

Insgesamt konnte Die Linke 500 Rats- und Kreistagsmandate erzielen. Das ist eine sehr deutliche Steigerung

	Kommunalwahl 2004		Kommunalwahl 2009		Kommunalwahl 2014	
Wahlbet.	7.596.686	54,4 %	7.346.380	51,9 %	7.132.476	50,0%
CDU	3.230.785	43,4 %	2.787.131	38,7 %	2.635.795	37,5%
SPD	2.357.022	31,7 %	2.122.466	29,4 %	2.207.336	31,4%
GRÜNE	769.335	10,3 %	864.410	12,0 %	820.947	11,7%
FDP	505.359	6,8 %	657.923	9,1 %	333.711	4,7%
DIE LINKE	100.714	1,4 %	311.155	4,3 %	326.860	4,7%
PIRATEN	–	–	1.190	0,0 %	117.113	1,7%
AfD	–	–	–	–	179.398	2,6%
PRO NRW			41.291	0,6 %	36.085	0,5%
NPD	17.074	0,2 %	25.798	0,4 %	14.146	0,2%

Anmerkung: Die Angaben der Tabelle beziehen sich nur auf die Kreise und kreisfreien Städte, nicht auf die kreisangehörigen Gemeinden.

gegenüber 2009, wo wir 367 Rats- und Kreistagsmandate erzielen konnten. Hinzu kamen damals 143 Bezirksvertretungsmandate in den Großstädten, die derzeit noch gar nicht erfasst sind. Insgesamt dürften wir auf gut und gerne 650 Mandate kommen, also eine Steigerung um voraussichtlich rund 25 %. Die Steigerungen wurden vor allem in kreisangehörigen Gemeinden erzielt, da wir deutlich flächendeckender antraten, als bei der vorletzten Kommunalwahl.

Ob es diesmal besser gelingt, die Mandate zu halten, als in der letzten Wahlperiode, wird sich zeigen. Von 2009 bis 2014 verlor Die Linke rund 100 Mandate (einschließlich Bezirksvertretungen). Nachdem es an einigen Orten bereits massive Konflikte um die Aufstellung der Listen gab und in mehreren Kreisverbänden die Schiedskommissionen angerufen wurden, gibt es bereits wieder einige Problemfälle und Austritte von frisch gewählten Mandatsträger/innen ...

Köln: Gutes Wahlergebnis zeigt zunehmende Verankerung der Linken in der Stadtgesellschaft

Mit 6,96 % und 27 448 Wählerstimmen hat Die Linke bei der Kommunalwahl am 25.5. zwei Sitze im Kölner Rat hinzugewonnen, sie hat als viertstärkste Kraft in der viertgrößten Stadt der Bundesrepublik Kommunalwahl 2014 die FDP abgelöst und mit einem Zugewinn von 9488 Stimmen nicht nur den größten Stimmengewinn aller Städte in NRW erreicht, sondern auch um mehr als die Hälfte der Stimmen gegenüber dem eher schwachen Ergebnis der Kommunalwahl 2009 zugelegt.</

bei der Bundestagswahl. Mit der SPD und allen anderen Parteien konnte das Wahlamt keine statistisch messbaren Wählerbewegungen feststellen.

Die prozentual höchste Ergebnisse erreichte die Kölner Linke anders als noch bei der Bundestagswahl in den stark von Arbeitslosigkeit und Armut geprägten Stadtteilen Chorweiler mit 15,46 %, Kalk mit 13,88 % und Humboldt/Gremberg mit 12,7 %. Allerdings verdanken sich diese herausragenden prozentualen Ergebnisse nicht nur den in diesen Stadtteilen gegenüber 2009 hinzugewonnenen 565 Stimmen, sondern vor allem dem Umstand, dass es dort bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von um die 30 % der Linken besser als anderen Parteien gelungen ist, ihre Wähler auch zur Kommunalwahl zu mobilisieren. Mit insgesamt 1384 Stimmen hat die Linke in diesen drei Stadtteilen zusammen weniger Stimmen bekommen als in Ehrenfeld mit 1550 Stimmen, der Neustadt Süd mit 1750 Stimmen, wo sie mit Ergebnissen um die 10 % überdurchschnittlich abgeschnitten hatte, aber auch weniger Stimmen als in Sülz, wo sie mit 1405 Stimmen und 7,46 % ein in etwa dem Stadtdurchschnitt entsprechendes Ergebnis erreichte. Diesen Zusammenhang zeigt auch, dass insgesamt nur vier Stadtteile (Ehrenfeld, Nippes, Mülheim und Kalk) sowohl nach absoluten Stimmen wie nach Prozentergebnis unter den „Top 10“ Stadtteilen der

Kölner Linken vertreten sind.

So zeigt sich nach dem ersten Blick auf die Prozentergebnisse erst beim zweiten Blick auf die erreichten Stimmen, dass sich die bereits bei der Bundestagswahl feststellbare Tendenz, dass die Kölner Linke eine weit über die sozialen Brennpunkte hinaus gehende breite Verankerung in der Stadtgesellschaft erreicht hat, auch bei der Kommunalwahl bestätigt hat.

Mit der Verbindung konsequenter sozialer Forderungen zum Köln-Pass, der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum, die auch Menschen mit durchschnittlichen und guten Einkommen anspricht, und Themen wie dem Einwohnerinnenticket, die auch für jüngere aktive Großstadtbewohner attraktiv- und wie eine vom Express kurz vor der Wahl veröffentlichte Umfrage zeigte, sogar in der Stadtgesellschaft mehrheitsfähig sind, ist es der Kölner Linken offensichtlich gelungen, Stimmen sowohl in sozialen Brennpunkten wie auch in den aktiven Milieus der modernen Stadtgesellschaft zu gewinnen. Diese Breite der thematischen Aufstellung mit eindeutigem Schwerpunkt auf sozialen Forderungen und Interessen weiterhin erfolgreich zu verbinden und in kommunale Initiativen umzusetzen, ist mit dem gestärkten Einfluss in Rat und Bezirksvertretungen eine schwierige wie lohnende Aufgabe für die kommenden sechs Jahre.

Wolfgang Lindweiler

10 Stadtteile mit den höchsten Pro- zentergebnissen der Kölner Linken

Chorweiler	15,46	249
Kalk	13,88	699
Hum./Grembg.	12,74	436
Höhenberg	11,81	316
Mülheim	11,73	1286
Bickendorf	10,29	478
Buchforst	10,28	167
Ehrenfeld	10,26	1550
Vingst	9,87	220
Nippes	9,83	1544

10 Stadtteile mit den meisten Wählerstimmen für die Kölner Linke

Neustadt/Süd	1740	9,54
Ehrenfeld	1550	10,26
Nippes	1544	9,83
Sülz	1405	7,46
Mülheim	1286	11,73
Neustadt/Nord	1150	8,34
Altstadt/Süd	1065	8,97
Neuehrenfeld	869	8,27
Zollstock	757	8,47
Kalk	699	13,88



Kommunalwahlen 2014: Pro Köln stark geschwächt, Rechte gestärkt

Mit einem lachenden aber auch mit einem weinenden Auge können Kölns Antifaschist(innen), vor allem diejenigen, die sich in den Wochen und Monaten vor der Wahl in der Initiative „Kein Veedel für Rassismus“ engagiert hatten, auf das Ergebnis der Kommunalwahl am 25. Mai blicken: Es ist gelungen, die Zahl der Stimmen für die Rassist(inn)en von pro Köln um fast 9700 und damit die Anzahl ihrer Vertreter im Stadtrat von 5 auf 3 zu reduzieren. Das bedeutet, dass pK keinen Fraktionsstatus mehr hat und der „Bürgerbewegung“ damit erheblich weniger Steuergelder zuerkannt werden. Einige Gründe für diesen Erfolg der aktiven Antifaschisten liegen auf der Hand: Zum einen hat es, auch als Reaktion auf das besonders widerwärtige rassistische Auftreten der braunen Truppe eine breite Bewegung gegen pK gegeben. Wo die Aktionen gegen den Auftritt von Uckermann, Wiener & Co. stattfanden (oft kam der „braune Sack“ zum Einsatz, in den die Menschen die rechte Propaganda auf der Stelle entsorgen konnten), wurden sie meist spontan von Passant(inn)en unterstützt. Auch der geplante pK-

Wahlkampfhöhepunkt, der gleichzeitig ein Höhepunkt der Volksverhetzung werden sollte, die „Lichterkette“ zwischen zwei Flüchtlingswohnheimen in Riehl konnte wegen des massenhaften Einsatzes von Bürger(inn)en nicht stattfinden. Die Mobilisierung gegen die rechten Menschenfeinde war im Wahlkampf ein voller Erfolg.

„Das schlechte Ergebnis der Kommunalwahl, das trotz mancher äußerer Faktoren...auch hausgemacht und

selbstverschuldet war...“ – das schreibt pK selbst auf ihrer Internethomepage. Konkret heißt das: Die Wähler(innen) wollten weder eine Partei, von deren führenden Funktionären sich einige vor Gericht wegen des Verdachts verantworten müssen, sich Steuergelder in großem Ausmaß erschlichen zu haben, noch einen Kandidaten, bei dem man sich nicht immer sicher sein kann, ob er eher ins Gefängnis oder in die Psychiatrie gehört. Vertrauen ist mit einem



solchen Auftreten mit Sicherheit nicht zu gewinnen. Als Reaktion auf das Ergebnis trat der gesamte pK-Vorstand zurück und soll um neue Gesichter ergänzt werden. Der bisherige Vorsitzende, Markus Beisicht hat bereits angekündigt, nicht mehr zur Verfügung zu stehen – er will sich zukünftig auf seine Funktion als Vorsitzender von Pro NRW beschränken. Verlässt da vielleicht jemand das sinkende Kölner Schiff?

Laut einer ersten Wahlanalyse sind von den pK-Wähler(innen) der Kommunalwahl 2009 etwa 8000 ins Lager der Nichtwähler gewechselt. Das ist einerseits natürlich besser, als wenn sie weiterhin pK gewählt hätten, zeigt aber deutlich, dass sie sich bei anderen Parteien (auch bei der AfD) nicht wie-

derfinden. Es wird zukünftig Aufgabe einer Linken (die nicht identisch mit der gleichnamigen Partei zu sein braucht) sein, sich auch in den Stadtteilen sehen zu lassen, in denen PK 2009 gute Ergebnisse hatte und in denen sie auch in diesem Jahr relativ gut abgeschnitten haben. Die linke Welt darf nicht nur aus der Südstadt, Ehrenfeld und Kalk bestehen; sie sollte auch Gremberghoven, Humboldt-Gremberg, Chorweiler und Vogelsang umfassen.

Aber der Erfolg gegen pK ist nur eine Seite der Medaille. 9671 verlorenen Stimmen der Beisicht-Truppe stehen 14195 aus dem Stand gewonnene Stimmen der neoliberalen Sozialdarwinisten von der AfD entgegen – das ist ein Stimmenanteil von 3,6 % und bedeutet 3 Sitze im Stadtrat. Sie haben

sich damit ein rechtes Wähler(innen) spektrum, das ein anderes ist als das von pro Köln und unabhängig von diesem existiert, erschlossen. Zwar sind die AfDler keine so offenen Rassisten wie die pKler, aber auch sie setzen auf rechte Ressentiments und die Mobilisierung des „gesunden Volksempfindens“ (auch wenn das bei ihnen an Besitz statt an die ethnische Herkunft gebunden ist). Es steht zu befürchten, dass Antifaschist(inn)en damit in den nächsten Jahren häufiger zu tun haben werden. Es wird also darauf ankommen, gegen diesen Wohlstandschauvinismus gute und überzeugende Argumente zu finden – wir dürfen gespannt sein, welche die neue AfD-Fraktion im Stadtrat liefert.

tri; Lokalberichte Köln

Essen: Nur geringe Verluste, doch Abgänge aus der Fraktion

Mit 5,5 % der Stimmen liegt Die Linke im Ruhrgebiet bei den Kommunalwahlen immer noch deutlich über dem Landesdurchschnitt. Stimmergebnisse von 8 % in Oberhausen, 6,8 % in Dortmund und 6,6 % in Duisburg liegen auch weiter in der Spitzengruppe in NRW. Während die Stimmergebnisse im Landesdurchschnitt leicht stiegen, verlor Die Linke im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr jedoch 0,4 % der Stimmen. Verloren hat Die Linke vor allem in armen Stadtteilen, in eher alternativen Stadtteilen hat sie gewonnen.

Das ist in Essen deutlich nachvollziehbar. Insgesamt erhielt Die Linke hier 5,3 % der Stimmen (-0,3 %). In Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten wie Katernberg, Altenessen-Nord und -Süd erhielt sie 2009 Ratsergebnisse zwischen 6,4 % und 7,9 %, diesmal nur noch 5,2 % bis 7,5 %. Der größte „Absturz“ fand im stark migrantischen

Stadtteil Vogelheim statt, wo Die Linke von 8,6 % auf 5,2 % sank. In eher studentisch und von Mittelklasse geprägten Stadtteilen wie Rüttenscheid stieg das Ergebnis dagegen von 5,3 % auf 5,7 %, im Südviertel sogar von 6,9 % auf 8 %. In bürgerlichen Stadtteilen blieb Die Linke konstant auf dem niedrigen Niveau von 2,4 %.

Eine Ursache für die Verluste ist vor allem die weiter gesunkene Wahlbeteiligung, gerade in den ärmeren Stadtteilen, in denen die Wahlbeteiligung unter 30 % lag. Die Ausgrenzung von Armen wirkt immer brutaler. Eine weitere Ursache ist aber auch die erheblich stärkere Zersplitterung der Parteienlandschaft. In Essen traten 17 Listen zum Rat an, von denen 11 wenigstens einen Vertreter in den Rat entsenden konnten. Die Piraten und die Partei traten erstmals erfolgreich an, gerade in Stadtteilen wie Vogelheim gingen

viele Stimmen auch an zwei Listen von Migranten, die allerdings kein Mandat erhielten.

Angesichts der Zerstrittenheit des Kreisverbandes Die Linke sind die Verluste gefühlt eher gering. Es gibt aber auch Indizien, dass sie eine Rolle spielten. Umso schlimmer ist es, dass der Streit in der Essener Linken trotz einer im zweiten Anlauf pluralistischen Liste schon am Tag nach der Wahl öffentlich fortgeführt wurde. Zwei der fünf neuen Ratsmitglieder erklärten in einer offensichtlich länger vorbereiteten, in der Argumentation abstrusen Erklärung, dass sie „zunächst“ nicht in die Fraktion Die Linke eintreten werden. Eine der beiden Ratsfrauen ist inzwischen ausgetreten und hat sich der neuen Fraktion Partei-Piraten angeschlossen. Auch die Lokalpresse sprach von „Wahlbetrug“.

Wolfgang Freye

Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg

Entwicklung Linker Politik führt auch zu positiven linken Wahlergebnissen – zur Überschreitung der 5%-Marke bei den Landtagswahlen 2016 bleibt noch viel zu tun

Zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen stellt der Landesvorstand der Linken Baden-Württemberg fest:

„Überall in Baden-Württemberg haben Listen der Linken sowie linke Wahlbündnisse ihre Ergebnisse bei den Kommunalwahlen verbessern können. Im Regionalparlament Stuttgart ist Die Linke zukünftig mit vier Mandaten vertreten. Spitzenergebnisse bei den Gemeinderäten gab es in Tübingen

(9,6 %) und Freiburg (8,6 %), wo Linke Bündnislisten antraten.

In Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Ulm, Reutlingen, Ludwigsburg, Friedrichshafen und vielen anderen Städten konnten Stimmen und Mandate dazu gewonnen werden. Die Linke hat neue Sitze auch in kleineren Gemeinden und in konservativ dominierten Regionen erringen können.“

Hatte die Linke bei den Kommunalwahlen 2009 65 Mandate in Gemeinde- und Kreisträten sowie im Regionalparlament Stuttgart erreichen können, so sind es jetzt 113 Mandate. Das Ergebnis bei den Europawahlen stieg leicht von

3% auf 3,6% mit einem Zuwachs von 28.255 Stimmen.

Bei den Europawahlen lag die AfD in Baden-Württemberg mit 7,9% fast einen Prozentpunkt über ihrem Bundesergebnis. Die größten Verluste musste die FDP hinnehmen, kleinere Verluste auch die Grünen. Um 4,9% verbesserte sich die SPD, um 0,6% die CDU.

Kommunale Politik: Anker der Parteientwicklung

Im siebten Jahr der Linken haben die Kommunal-/Kreistags- und Europawahlen

Europawahlen 2014 Baden-Württemberg						
Partei	2014		2009		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
CDU	1.542.244	39,3	1.478.135	38,7	64.109	0,6
SPD	902.720	23,0	689.812	18,1	212.908	4,9
GRÜNE	517.842	13,2	572.267	15,0	-54.425	-1,8
FDP	161.669	4,1	537.100	14,1	-375.431	-10,0
DIE LINKE	142.360	3,6	114.105	3,0	28.255	0,6
REP	23.970	0,6	73.565	1,9	-49.595	-1,3
AfD	309.500	7,9	×	×	309.500	7,9
FREIE WÄHLER	91.721	2,3	49.149	1,3	42.572	1,0
(Angaben Statistisches Landesamt)						

In allen Regionen und Tätigkeitsgebieten von Kreisverbänden der Linken zeigt sich in den Wahlergebnissen ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Grad der Präsenz und der praktischen Politik der Kreisverbände und des Landesverbandes und Wahlergebnissen. Das trifft zu sowohl für die Kommunal- und Kreistagswahlen mit Ergebnissen zwischen rund 2,5 % und 6,2 % bzw. bei den Listenverbindungen in Tübingen und Freiburg bis zu 8/9 % wie auch bei den Europawahlen, wie auch im Zusammenhang zwischen Kommunal-/Kreistagswahlergebnissen und Europawahlergebnissen. (Kommunalwahlergebnisse der LINKEN im Detail unter: www.die-linke-bw.de/politik/aktuelles)

113 Gemeinde-, Kreistagsmandate und Mandate im Regionalparlament Stuttgart sind eine Steigerung um fast 60%, aber auch das ist weiterhin nur ein kleiner Bruchteil der Mandate in den 1.101 Städten und Gemeinden, 410 Ortschaften und 35 Landkreisen Baden-Württembergs. In Baden-Württemberg wurde bei den kommunalen Wahlen 2014 erstmals das Auszählungsverfahren nach d'Hondt durch das nach Sainte-Laguë ersetzt, das kleinere Parteien insbesondere für den ersten Sitz besser stellt als vorher.

Im Blick zurück auf das für die Linke ernüchternde Ergebnis der Landtagswahlen 2011 mit 2,8 % im Landesdurchschnitt, zeigen die Ergebnisse jetzt – soweit vergleichbar auch wegen des unterschiedlichen Wahlverfahrens – in der Tendenz und im Durchschnitt eine leicht positive Entwicklung. Nehmen wir die Durchschnittszahl zu den Europawahlen in Baden-Württemberg mit 3,6 % (gegenüber 3 % 2009), so stimmt wohl die Tendenz der Entwicklung, aber die Linke ist im Landesdurchschnitt noch weit von der Überbreitung der 5 %-Marke entfernt.

Das heißt: linke Politik und Politik der Linken „lohnt“ sich, aber die Gewinnung des Vertrauens der Wählerin-

nen und Wähler braucht ihre Zeit und eine positive Praxis der Linken. Eigentlich nicht wirklich verwunderlich.

Die Wahlergebnisse dort, wo die Linke bereits in Gemeinde- und Kreisträten vertreten war, zeigen auch, welche Art von Politik gefordert ist und auch von den Mitgliedern letztlich gewünscht wird. Im Landtagswahlprogramm 2011 wurde sie beschrieben als linke Politik sozialer und politischer, konkreter, strukturändernder Reformen in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort und im Bündnis mit den verschiedenen Richtungen und Organisationen, die ihre Interessen vertreten und unterstützen.

Das Wahlergebnis zeigt mit dem Einzug von AfD und teilweise der NPD in Gemeinde- und Kreisträte aber auch, dass der Kampf gegen Rechts, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und soziale und politische Bürgerrechte für Alle einen noch wichtigeren und praktischen Bestandteil linker Politik im Land und vor Ort bilden muss.

Im Querschnitt des Landesverbandes und der Regionen lassen sich vereinfacht in etwa die folgenden Entwicklungsgrade der Präsenz und Politik der Linken in Baden-Württemberg feststellen: nicht präsent, präsent durch punktuelle Öffentlichkeitsarbeit, präsent durch örtliche und regionale Politik mit anderen in ersten Schwerpunkten, örtliche und regionale Politik in Verbindung mit Mandaten in Gemeinde-/Kreisträten, längerjährige konkrete und wirksame Politik in Gemeinde- und Kreisträten.

Nach diesen Ausprägungen der Präsenz und Politik lassen sich auch die Wahlergebnisse im Großen und Ganzen eindeutig zuordnen. Das aber bedeutet: die Linke kann in Baden-Württemberg die Weiterentwicklung des Landesverbandes und die Zielmarke Landtagswahlen 2016 nur erreichen, wenn sie – mit dem Schwung der guten Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen im

Rücken – zu einem weiteren und planmäßigen Aufbau des Landesverbandes in ganz Baden-Württemberg übergeht. Dazu gehört dann auch die Entwicklung einer thematischen und politischen Präsenz der Linken zu Fragen der Landespolitik.

Sie muss präsent werden, wo sie heute nicht präsent ist, Politik entwickeln in Schwerpunkten mit anderen, wo sie das bisher nicht kann, Vertrauen erwerben durch praktische Politik auch für Wahlmandate. Die Mandate, die sie hat, gilt es weiter auszubauen und zu festigen durch einfallsreiche linke Politik vor Ort und in den Regionen.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen auch, dass die Linke je nach örtlichen Gegebenheiten und je nach den vorhandenen oder auch nicht vorhandenen Traditionen linker Politik und der Politik der Linken am Ort die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen weiter- oder auch neu entwickeln muss. Das erfordert auch die unterschiedliche Auffächerung der Wahlergebnisse auf verschiedene Gruppen links von SPD/Grüne an verschiedenen Orten Baden-Württembergs.

In Tübingen und Freiburg, wo die Linke seit mehreren Jahren erfolgreiche linke Gemeinderatspolitik in Bündnislisten mit anderen macht, wurden die besten Kommunalwahlergebnisse erzielt und bisherige Ergebnisse weiter gesteigert. An beiden Orten lagen dann aber auch die Europawahlergebnisse der Linken mit über 8 % über dem Bundesdurchschnitt. In Stuttgart wird die Linke (3 Mandate) eine gemeinsame Fraktion bilden mit SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial, 3 Mandate), Piraten (1 Mandat), Studentische Liste (Hauptthema Wohnen, 1 Mandat). Mit den STADTisten (1 Mandat) wird diese linke Fraktion eine Zählgemeinschaft zur Ausschussbesetzung bilden. Linke Fraktion und Zählgemeinschaft zusammen haben dann gleichviel Sitze wie die SPD im Stuttgarter Gemeinderat.

In Heilbronn und Ulm vollzog sich die Auffächerung der Linken in Linke und je eine weitere Bürger

Sozialwohnungsbau interessiert den SPD-Senat nicht:

HAMBURG. Entgegen anderslautender Versprechungen des SPD-Senats wurden im letzten Jahr nur 654 öffentlich geförderte Wohnungen fertiggestellt. Die städtische SAGA GWG hat 2013 lediglich 229 neue Wohnungen fertiggestellt, dabei sollte sie allein schon 1000 geförderte Wohnungen erstellen. Das belegt die aktuelle Senatsantwort auf eine schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (Drs. 20/11986). „2000 geförderte Wohnungen pro Jahr hat die SPD versprochen, 650 sind es gerade mal geworden – da sind die selbstzufriedenen Erfolgsmeldungen von Senatorin Blankau einfach blanker Hohn“, erklärt dazu Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. „Die Zahlen belegen es erneut: In ihrem Wohnungsbauprogramm sind der SPD Menschen mit wenig Geld ziemlich egal.“ So sind gut ein Drittel der im letzten Jahr fertiggestellten Wohneinheiten Eigentumswohnungen, nämlich 2236 von 6407 – der mit Abstand höchste Wert seit 13 Jahren. „Damit liegt die Eigentumsquote in Hamburg laut Capital-Standortanalyse inzwischen bei 25,4 Prozent. Der Senat will ganz offensichtlich die Eigentumsquote erhöhen und hat in erster Linie die besser und sehr gut verdienenden Haushalte im Blick“, kritisiert Sudmann.

www.die-linke-hamburg.de

GAG: Linke fordert Rekordgewinn für Rekordwohnungsbau. KÖLN. Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln will, dass die GAG die über 8 Millionen Dividende nicht ausschüttet, sondern in den verstärkten Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen investiert. Bei der bisher angestrebten Regelung handelt es sich lediglich um einen Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes und des SPD-dominierten Aufsichtsrates. Michael Weisenstein, Ratsmitglied und für Die Linke im Stadtentwicklungsausschuss, ergänzt: „Die SPD will, dass die GAG mehr Wohnungen baut. Gleichzeitig missbraucht sie das Unternehmen, um Löcher im städtischen Haushalt zu stopfen. Beides geht nicht zusammen!“ Die GAG gehört zu über 88 % der Stadt Köln. Damit kann die Stadt als Großaktionär direkt über die Gewinnverwendung entscheiden und Einfluss auf die Geschäftspolitik der GAG nehmen. Die Stadt Köln kann so auch für den Bau von mehr Sozialwohnungen sorgen. Jörg Detjen, Fraktionssprecher, erläutert: „Der noch amtierende Aufsichtsrat muss einerseits den Vorstand und die Geschäftsleitung davon überzeugen, dass die GAG zu den jährlich 1000 neuen Sozialwohnungen ernsthaft beiträgt und hilft, dass die

politischen Ziele erreicht werden. Andererseits muss die Stadt Köln möglichst schnell und unkompliziert der GAG Flächen zur Quartiersentwicklung zur Verfügung stellen.“

www.linksfraktion-koeln.de

Gutbesuchte Veranstaltungen zum fahrscheinlosen ÖPNV: FRANKFURT a.M. Mit über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern startete die Fraktion Die Linke im Römer am vergangenen Freitag einen Diskussionsprozess zum fahrscheinlosen ÖPNV in Frankfurt am Main. Prof. em. Heiner Monheimer eröffnete die Veranstaltung mit seiner Vision eines allgemeinen Nulltarifs. „Da ist Demokratie drin“, kommentierte Monheimer die Idee eines umlagefinanzierten Bürgertickets und hob hervor, dass mit einer Verkehrsverlagerung zugunsten des ÖPNV mehr Mobilität und damit auch mehr Lebensqualität für alle gesichert werde. Im Anschluss referierte Matthias Bärwolff, linker Landtagsabgeordneter in Thüringen, über das von ihm maßgeblich mit erarbeitete Erfurter Modell und die konkreten Chancen seiner Umsetzung. „Die Verkehrsbetriebe sind offen für neue Finanzierungsmodelle“, kommentierte er die derzeitigen Entwicklungen im ÖPNV. Dr. Peter Gärtner, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer sprach über die Situation in Frankfurt: „Unser Ziel ist es, den städtischen Autoverkehr zu verringern, um die Luftverschmutzung, die Lärmbelastung und die Gesundheitsschäden zu reduzieren.“ Da der Frankfurter ÖPNV teilweise schon umlagefinanziert ist, weil er mit rund 50 Millionen Euro durch die Mainova querfinanziert werde, sei das verkehrspolitische Instrument eines solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV auch nicht abwegig. „Im Gegenteil, es ist die geeignete Maßnahme, um mehr Menschen zum Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Der RMV gehört derzeit zu den teureren Verkehrsverbünden in Deutschland. Ein Bürgerticket würde die Mobilität aller sichern, unabhängig vom Einkommen“, so Gärtner weiter. Das Fazit der gutbesuchten Veranstaltungen zum fahrscheinlosen ÖPNV: Die nutzerunabhängige Finanzierung des ÖPNV ist notwendig, sinnvoll und machbar.

www.die-linke.de/nc/politik/

kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Fortsetzung der Rot-Rot-Grünen Zusammenarbeit in der Bezirksvertretung II: ESSEN. „Wir haben in den letzten Wochen fruchtbare Gespräche geführt, so dass wir durch eine Fortsetzung der rot-rot-grünen Zusammenarbeit einiges für die Menschen in unserem Bezirk erreichen können“, so Corinna Ernst

(29), Bezirksvertretungsmitglied für Die Linke. „Viele unserer Forderungen finden sich in den Vereinbarungen zu einer Zusammenarbeit wieder. Als gleichberechtigter Teil einer rot-rot-grünen Koalition wird Die Linke ihre Wählerinnen und Wähler in der Bezirksvertretung II nicht enttäuschen.“ So konnten sich SPD, Grüne und Linke auf die Verhinderung weiterer Bodenversiegelung, den bedingungslosen Erhalt des Grugaparks in seiner jetzigen Größe und den Ausbau und Erhalt von attraktiven Verweilmöglichkeiten ohne Konsumzwang einigen. Weitere Linke-Kernforderungen finden sich in den Vereinbarungen zu verkehrspolitischen Fragen wieder, etwa die Beibehaltung der Schrankenregelung an Messtagen, die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr, eine höhere Taktung des Busverkehrs und die Anbindung von Rellinghausen/Stadtwald an den Nachtexpress. So stand auch der Wiederwahl von Gerhard Barnscheidt (SPD) als Bezirksbürgermeister nichts im Wege.

www.dielinke-essen.de

Föderalismusreform nicht ohne echte Einbeziehung der Kommunen:

BERLIN. Gestern hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz u.a. mit der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen befasst. Die Ministerpräsidenten haben im Zuge dessen die Finanzministerkonferenz gebeten, vorbereitende Arbeiten vorzunehmen und einen Vorschlag für die zu behandelnden und in der Sache zu vertiefenden Themen bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 2014 aufzubereiten. Die Federführung für diese Aufbereitung liegt mithin beim Bundesfinanzminister und seinen Länderkollegen. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentierte: „Ab Dezember wird es darum gehen, ein Format zu finden, in dem das Primat der Ministerpräsidenten einerseits und der Bundespolitik mit dem Bundeskanzleramt und den Bundestagsfraktionen andererseits gewahrt wird.“ Aus Sicht des Deutschen Landkreistages sei die verabredete Themenausformung ein wichtiger Schritt, um nunmehr in die

Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen weiterhin ohne Verordnung

Bundesregierung nimmt Stellung zur Initiative des Bundesrates

BERLIN. Werden die betrieblichen Akteure auch weiterhin ohne eine das Arbeitsschutzgesetz konkretisierende Verordnung bei der Ermittlung von arbeitsbedingten psychischen Fehlbelastungen auskommen müssen? Die Bundesregierung hat am 12. März in einer Stellungnahme auf einen Beschluss des Bundesrates vom Mai letzten Jahres,¹ nämlich eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit zu erlassen, skeptisch bis abwartend reagiert.² Sie verweist auf den Koalitionsvertrag, das Thema zunächst in den geltenden Arbeitsschutzverordnungen zu verankern. Der im Zuge der Bundesratsinitiative von der SPD-Fraktion gestellte Antrag hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung seinerzeit noch treffend kritisiert: Man erweitere zwar mit dem BUK-Neuorganisationsgesetz³ die gesetzlichen Grundlagen des Arbeitsschutzes, weigere sich aber eine Verordnung zu erlassen, die für eine wirksame Prävention dringend erforderlich wäre.

Regelungslücke Verordnung zum Schutz vor psycho-sozialen Gefährdungen

Diese Regelungslücke bleibt auch das Problem der betrieblichen Akteure. Denn mit der Änderung des § 5 Arbeitsschutzgesetz werden jetzt zur Verpflichtung des Arbeitgebers, „durch eine Beurteilung der für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundene Gefährdung zu ermitteln“, die „psychischen Belastungen bei der Arbeit“ ausdrücklich genannt. Damit sind Unternehmen in der Pflicht psychische Gefährdungen in gleicher Weise zu ermitteln und zu beurteilen und mit Maßnahmen auszuschließen bzw. zu minimieren wie bei den klassischen Gefährdungen durch bspw. physikalische, chemische und biologische Einwirkungen. Was fehlt ist nach wie vor die dazugehörige Verordnung. Schon die IG Metall hatte ihre Initiative für eine Anti-Stress-Verordnung⁴ auf diese Regelungslücke im Arbeitsschutzrecht gestützt:

„Schaut man sich nun die Struktur des deutschen Arbeitsschutzrechtes an, so muss konstatiert werden, dass der Gesetzgeber den Bereich der psychosozialen Risiken nahezu unreguliert den betrieblichen Akteuren überlässt. In anderen Gefährdungsbeurteilungen wird das Arbeitsschutzgesetz durch zahlreiche untergesetzliche Verordnungen konkretisiert, etwa durch

die Arbeitsstättenverordnung, die Gefahrstoffverordnung, die Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung oder die Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge. In diesen Verordnungen finden sich konkretisierende Anforderungen an Arbeitgeber, wie etwa eine Arbeitsstätte zu gestalten ist, wie laut es am Arbeitsplatz sein darf oder wie mit Gefahrstoffen umzugehen ist, damit Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit gewährleistet sind. Diese Verordnungen sind wiederum durch konkretisierende Technische Regeln untersetzt.

Interessanterweise findet sich eine solche Struktur für die psychosozialen Risiken nicht wieder: Es gibt keine Verordnung zum Schutz vor psychosozialen Gefährdungen und somit auch kein die Verordnung untersetzendes Regelwerk. Entsprechend gering sehen sich die Arbeitgeber in der Pflicht, arbeitsgestalterische Maßnahmen zur Verringerung psychischer Beeinträchtigungen umzusetzen. Auch die Arbeitsschutzaufsicht ist bei der Ausführung ihrer Aufgaben mit Problemen konfrontiert, wenn nicht konkret dargelegt ist, welche Belastungskonstellationen unter Gesundheitsschutzaspekten zulässig sind und welche gegebenenfalls verändert werden müssen.“⁵

So hatte auch der Bundesrat zu seinem Verordnungsentwurf angemerkt:

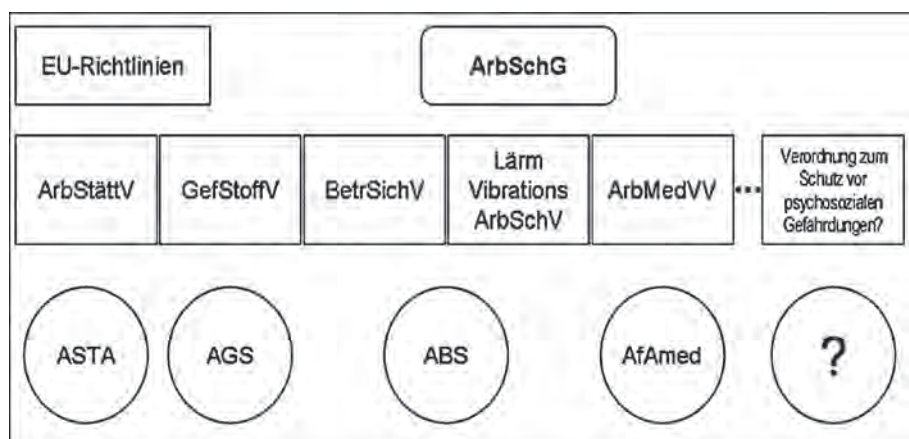
„Vor allem bestärkt die fehlend normativ dirigierte Konkretisierung im Bereich der Gefährdung durch psychische Belastung das vorhandene Vorurteil, dass man diese Aufgabe bei Gefährdungsbeurteilungen und betrieblichen Maßnahmen ausklammern oder zumindest hintanstellen kann.“

Das „Thema“ einfach nur „in den geltenden Arbeitsschutzverordnungen zu verankern“, wie von der Bundesregierung beabsichtigt, kann eben keine

konkrete Verordnung zum Schutz vor psychosozialen Gefährdungen ersetzen.

Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse vorhanden

Allerdings schließt die Bundesregierung „auch verbindliche Regelungen in Form einer Verordnung gegen arbeitsbedingte psychische Belastungen nicht aus.“ Eine Entscheidung darüber könne allerdings erst im Lichte weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Diese Haltung verzögert und erschwert die Durchführung der Gefährdungsermittlung und Beurteilung psychischer Belastungen im Betrieb. Denn arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sind ausreichend vorhanden und befinden sich sowieso ständig im Fluss. So hat das Deutsche Institut für Normung (DIN) jetzt aktuell im Zuge der Überarbeitung der geltenden Normenreihe zur psychischen Belastung und Beanspruchung, der DIN EN ISO 10075, eine Vornorm, die DIN SPEC 33418 zur Verfügung gestellt. Diese enthält konsensbasierte Begriffe, wie „Lernen“, „Stressreaktion“, „Kompetenzentwicklung“ und „Burnout“, die bisher nicht in der Normenreihe DIN EN ISO 10075 auftauchten. Der Zweck ist mit der Verwendung der dort definierten Begriffe Missverständnisse in der Kommunikation der beteiligten Akteure zu vermeiden.⁶ Andere schon in der geltenden DIN-Norm genannten Begriffe, wie die „psychische Sättigung“ werden durch Anmerkungen konkretisiert. Dennoch bleiben die Begriffsdefinitionen einer Fachsprache verhaftet, die eine Anwendung in der Praxis erschwert (siehe Kasten). Auch hier kann eine Verordnung in verständlicher Sprache, wie Sie mit dem Entwurf des Bundesrates vorliegt, Klarheit verschaffen.





bei denen die sich nach wie vor für eine solche Verordnung aus-sprechenden Parteien gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Vertrauensleuten, Vertretern der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, der BAuA und Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit zu einer weiteren Vorgehensweise auf diesem Aufgabenfeld des betrieblichen Arbeitsschutzes austauschen. Es geht bei dieser Diskussion auch um die Kultivierung des Beschwerderechtes, der stärkeren Inanspruchnahme von Überlastungsanzeigen, sowie ein Verfahren zur Anerkennung von „Burnout“ als Berufskrankheit.

Rudi Arendt

1 Bundesrat Drucksache 315/13 Entwurf einer Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit

2 Unterrichtung der Bundesregierung zu Drucksache 315/13 (Beschluss)

3 BUK-NOG, Bundestagsdrucksache 17/12297

4 Anti-Stress-Verordnung – Eine Initiative der IG Metall Produktnummer 24347-39094 Juni 2012

Fergen, Andrea: Wege zur Guten Arbeit: Praxisorientierte Normen und verbindliches Regelwerk, in: psychische Belastung und Beanspruchung am Arbeitsplatz, Beuth Verlag 2012

6 Friedrich, Nora in: Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft, 60. Kongress der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft, März 2014

7 Leitlinie Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz, 24. September 2012, Herausgeber: Nationale Arbeitsschutzkonferenz

Zusammenfassung psychischer Belastungsfaktoren einzelner Gefahrenquellen

Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie bereits berücksichtigt

Die Bundesregierung verweist in ihrer Unterrichtung auf den Schwerpunkt der gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA), ab 2013 „Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingten psychischen Belastungen“ konsequent und flächendeckend umzusetzen. Die GDA entwickelt Leitlinien von Bund, Ländern und Versicherungsträgern zum abgestimmten Vorgehen der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden. Der Adressat der Leitlinie „Beratung und Überwachung psychischer Belastung“ sind nach ihrer eigenen Aussage jedoch nicht die Unternehmen, sondern die Aufsichts- und Beratungsdienste.⁷ Damit kann auch diese Leitlinie nur mittelbar dazu beitragen, dass die betriebliche Ebene, die im heutigen Arbeitsschutzrecht im Mittelpunkt steht, hier aktiv wird. Der Verordnungsentwurf des Bundesrates nimmt ja gerade diese Leitlinie mit auf und gibt ihr damit verbindlichen und verpflichtenden Charakter für die Unternehmen.

Diskussion um Verordnung zu psychosozialen Gefährdungen muss wieder Fahrt aufnehmen

Eine Diskussion für eine Verordnung zum Schutz vor psychosozialen Gefährdungen, wie sie die IG Metall mit ihrer Kampagne für eine „Anti-Stress-Verordnung“ im Vorfeld der Bundestagswahlen angestrengt hatte, muss wieder Fahrt aufnehmen. Wichtig für die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen wären die Verordnung weiter konkretisierende Regeln, wie sie auch schon zu anderen Gefährdungsfaktoren existieren. Hier kommt der Forderung nach der Einrichtung eines Ausschusses für psychische Be-

lastung bei der Arbeit zentrale Bedeutung zu.

Was steht denn im Wege einen solchen Ausschuss schon jetzt einzurichten, diese Aufgaben wahrzunehmen und den Verordnungsentwurf des Bundesrates als Diskussionsgrundlage zu verstehen? Die Geschäfte des Ausschusses führt wie bei anderen Ausschüssen die Bundesanstalt für Arbeit (BAuA). Hier existiert schließlich auch schon ein entsprechendes Forschungsprojekt. Denkbar für die öffentliche Diskussion wären auch regionale Hearings,

Ergonomische Grundlagen bezüglich psychischer Arbeitsbelastung – ergänzende Begriffe und Erläuterungen der DIN SPEC 33418 zu DIN EN ISO 10075

Psychische Sättigung: Ein Zustand der nervös-unruhevollen, stark affektbetonten Ablehnung einer sich wiederholenden Tätigkeit oder Situation, bei der das Erleben des Auf-der-Stelle-Tretens oder des Nicht-weiterkommens besteht.

Anmerkung 1 zum Begriff: Zusätzliche Symptome psychischer Sättigung sind Ärger, Leistungsabfall und/oder Müdigkeitsempfinden und die Tendenz, sich von der Aufgabe zurückzuziehen ...

Stressreaktion: Zustand, der durch eine gesteigerte psychische (einschließlich kognitiver und emotionaler Komponenten) und/oder physische Aktivierung gekennzeichnet ist, der aus der subjektiven Interpretation resultiert, Arbeitsbedingungen gegenüber exponiert zu sein, die die individuellen Ziele und/oder Werte bedrohen

Beeinträchtigende Effekte

Burnout: Zustand charakterisiert durch wahrgenommene geistige,

emotionale und/oder physische Erschöpfung, eine distanzierte Einstellung zur eigenen Arbeit und durch eine wahrgenommene reduzierte Leistungsfähigkeit, resultierend aus einer längerfristigen Exposition gegenüber psychischer Belastung, die bereits kurzfristig zu beeinträchtigenden Effekten führt

DIHK: 90 Prozent der Betriebe lehnen weitere gesetzliche Regelungen zur Mitarbeitergesundheit ab. – www.dihk.de. 8.1.14. Die Erhebung „An Apple a Day ...“ basiert auf rund 1.500 Antworten aus dem unternehmerischen Ehrenamt der IHKs. „In den vergangenen fünf Jahren hat die Bedeutung der Gesundheitsförderung bei 65 Prozent der Unternehmen zugenommen“, berichtete A. Dercks, stv. DIHK-Geschäftsführer. „... Schon 40 Prozent mit bis zu zehn Mitarbeitern messen dem Thema steigende Bedeutung bei.“ ... 70 Prozent bieten oder planen eine gesundheitsgerechte Ausstattung der Arbeitsplätze. Verstärkt werde das Thema psychische Gesundheit. Die Zahl entsprechender Krankschreibungen steige; es sei jedoch „verfehlt, das Arbeitsumfeld für diese Entwicklungen allein verantwortlich zu machen“. Dennoch stünden bei 26 Prozent der Umfrageteilnehmer Angebote zur Stressbewältigung auf der Agenda. Gleichzeitig zeigt der Unternehmensbarometer, dass 90 Prozent der Betriebe weitere gesetzliche Regelungen ablehnen. Mehr Informationen und größere organisatorische

bzw. finanzielle Unterstützung werden aber oft gewünscht. „Die Zahlen zeigen: Die Unternehmen übernehmen Verantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und wissen, dass sie im Einsatz um knapper werdende Fachkräfte auf motivierte und gesunde Mitarbeiter setzen müssen“, resümierte Dercks. Hier seien sie der Politik – etwa in der Diskussion um die abschlagfreie Rente mit 63 – um Meilen voraus.

Gesamtmetall: Anti-Stress-Verordnung der IG-Metall ist der falsche Weg. www.gesamtmetall.de Aktuelle Homepage. Stichwort „Psychische Belastungen“. – Psychische Erkrankungen sind ernste Beeinträchtigungen, die rasch und umfassend behandelt werden müssen. ... Bei den immer wiederkehrenden öffentlichen Debatten steht jedoch, ... allein die Arbeit im Fokus. Aber: Bei vielen Menschen stärkt Arbeit die Gesundheit, denn Berufstätigkeit schafft Selbstbestätigung und Anerkennung. Experten bestätigen: Es gibt nicht mehr Erkrankte als früher – heute wird nur häufiger die treffende Diagnose gestellt. Außerdem

wird offener über diese Art von Krankheiten gesprochen als in der Vergangenheit. Vorfälle im Privatleben sind ein wesentlicher Auslöser von psychischen Erkrankungen. Die hohe Zahl der Ausfalltage erklärt sich vornehmlich damit, dass Arbeitnehmer heute oft monatelang auf Behandlungstermine warten müssen und entsprechend lang krankgeschrieben sind. ... Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel sind gesunde und motivierte Mitarbeiter wichtiger denn je. Die von der IG Metall vorgeschlagene Anti-Stress-Verordnung ist aber der falsche Weg, der reflexartige Ruf nach dem Gesetzgeber hilft keinem weiter. Entscheidend sind Eigenverantwortung, ein offener Umgang miteinander ... Die Forschung kann durch bislang fehlende wissenschaftliche Erkenntnisse ihren Teil dazu beitragen, Gefährdungen besser zu beurteilen. Und ein effektiveres und effizienteres Gesundheitswesen hilft, Erkrankungen besser zu erkennen und zu behandeln.

Zusammenstellung: rst

Die Geschichte der Ukraine – Teil 2

Dieser erneute Überblick über die Geschichte Ukraine behandelt die Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges und der nachfolgenden zwanziger Jahre. Mein ursprüngliches Ziel, mit diesem zweiten Teil die 2000 jährige Geschichte dieses Landes abgeschlossen zu haben, von dem wir fast täglich Bedrohliches in den Nachrichten erfahren, hat sich nicht erfüllt. Das umfangreiche Material, die vielen komplizierten Zusammenhänge, die zahllosen bedeutenden Ereignisse, die dahinter stehenden, oft schwer zu verstehenden Motive und Ideen, sowie die historisch und politisch interessanten Widersprüche der Entwicklungen haben mich veranlasst, dem zweiten noch einen letzten dritten Teil zu hinzuzufügen. Der soll dann aber auch wirklich bis in die aktuelle Gegenwart reichen.

VII. Die Ukraine als österreichische und als russische Provinz

Vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 lebten die Ukrainer vor allem in zwei Reichen, zu rund 80% in Russland und zu 20% in der Habsburgermonarchie. Hier wurden sie auch „Kleinrussen“ genannt, dort auch „Rusyny“ oder „Ruthenen.“ Russland war im Besitz der Ostukraine oder auch „Großen Ukraine“, links und rechts des Dnjestr mit den großen Städten Kiew und Charkow. Zu Österreich gehörten Teile des ehemals polnischen Gebietes in Westgalizien und an der Grenze zu Ungarn und Rumänien kleine Bereiche in den Karpaten und der Bukowina. Die „russische“ Ukraine war fast vollständig von Ukrainern bewohnt, die habsburgische zu 40% und die restlichen Gebiete enthielten nur ukrainische Minderheiten.

1. Unter den Habsburgern

Bei den Habsburgern hatten die Ru-

thenen zunächst Glück. Auf Grund der radikalen Reformen des damals noch „römischen“ (deutschen) Kaiser Joseph II. wurden die bisherigen Vorrechte des polnischen Adels zurückgedrängt und die Rechtspositionen der ukrainischen Bauern verbessert. Das Ruthenische erhielt erstmals den Status einer eigenen Sprache und die Kirchen wurden rechtlich gleichgestellt. Letzteres betraf vor allem die bisher von den streng katholischen polnischen Herrschern wegen ihrer orthodoxen Herkunft verfolgte Griechisch-Katholisch-Unierte Kirche.

Diese fortschrittlichen „Josephinischen Reformen“, die auch alle übrigen Bereiche des Habsburger Reiches betrafen, wurden mit Regierungsantritt von Kaiser Leopold II. 1792 zwar wieder rückgängig gemacht. Ab 1804 regierten die Habsburger nur noch das „österreichische Kaiserreich“ ohne die deutschen Gebiete, blieben aber gerade im Osten ein umfassender Vielvölkerstaat. Nach der Französischen Revolution hatte der habsburgische Fürst

Metternich zunächst versucht, das Rad der Geschichte in Europa zurück zu drehen und den absolutistischen Feudalismus wieder zu festigen. Die Bewegungen der europäischen Völker für nationale Unabhängigkeit, demokratische Rechte und (land-)wirtschaftliche Reformen zwangen aber schließlich auch das reaktionäre österreichische Regime, gewissen Forderungen nachzugeben und Verbesserungen durchzuführen. So bildete sich z.B. nach dem entschlossenen Freiheitskrieg für die „Ungarisch-Magyarischen Nation“ 1867 ein Österreichisch-Ungarisches Doppelkaiserreich heraus.

1848 wurde – wie immer wieder gefordert – der Frondienst für die ruthenischen und polnischen Bauern in Galiziens aufgehoben. Hier besaßen die polnischen Großgrundbesitzer etwa 40% des Bodens. Im Laufe des Jahrhunderts sank bei wachsender Bevölkerung der Ruthenen ihr Eigenanteil pro Hofstelle von 5 ha im Jahre 1859 auf nur auf 2,5 ha im Jahr 1900. Deshalb gab es auch ohne den drückenden Frondienst keine wirkliche Verbesserung der Lage der armen Bauern und Landarbeiter. Im national magyarisch gesinnten Ungarn war die Lage der Ruthenen eher noch trister.

Die ruthenische Sprache, für deren Belebung sich die ukrainische Intelligenz im Laufe des 19. Jahrhunderts sehr engagierte, kam im Habsburgerreich über eine nachgeordnete Sprache

nicht groß hinaus und gegenüber dem Polnischen zog sie den Kürzeren. Seit alters her war Latein die galizische Gerichtssprache gewesen, dem folgte das Deutsche und 1869 das Polnische als „innere Dienstsprache“ für ganz Galizien. 1907 wurden schließlich alle im Lande üblichen Sprachen – polnisch, ruthenisch und deutsch – zu anerkannten „äußeren Amtssprachen“. Österreich förderte immerhin intensiv die Ausgestaltung eines ukrainischen Schulwesens und bekämpfte das Analphabetentum. Dabei schnitten die Ruthenen allerdings schlechter ab als andere Sprachgruppen, vor allem wenn es um höhere Schulbildung ging. 1899 forderten die Ruthenen in einem „Galizischen Ausgleich“ eine eigene Universität. Aber es kam bis 1914 nur zu zehn Lehrstühlen in ruthenischer Sprache an der Universität Lemberg und einem Lehrstuhl in Czernowitz. In den letzten Jahrzehnten der österreichischen Herrschaft wurden staatliche Einschränkungen gegenüber den Ruthenen noch einmal abgebaut. Sie waren jetzt im österreichischen Reichstag, dem ungarische Reichstag und dem galizischen Landtag vertreten. Ihre Loyalität gegenüber dem Habsburgerreich war sprichwörtlich bekannt.

2. Im russischen Zarenreich

„Russland ist ein autokratischer Staat“, sagte Fürst Bezborodko, Kanzler Katharinas II (1762–1796). „Seine Größe, die Unterschiedlichkeit seiner Bewohner und Sitten und viele andere Gesichtspunkte machen die Autokratie zur einzig natürlichen Regierungsform für Russland... Die geringste Schwächung würde zu einem Verlust vieler Provinzen, zur Schwächung des Staates und zu namenlosem Unglück der Menschen führen.“

Dieses Programm wurde strikt bis zum Ende des Zarenreiches nach dem Ersten Weltkrieg eingehalten.

Das ukrainische Gebiet war streng bürokratisch und übersichtlich in neun Provinzen eingeteilt, in denen die drei großen ukrainischen Städte Kiew, Charkiv und Poltava lagen. Deren bisherigen Sonderrechte (z.B. das „Magdeburger Recht“ aus der Zeit deutscher Siedler) wurden aufgehoben.

Die in der Ukraine vorhandene provinzielle Führungsschicht bestand aus ehemaligen Kosaken-Fürsten, adligen Polen und Russen. Vor allem mussten sie sich als loyale russischen Untertanen erweisen, wenn sie mit den erforderlichen Ämtern versehen wurden. Einer von ihnen sagte von sich: „Obwohl ich als Ukrainer geboren wurde, bin ich mehr Russe als alles andere.“ So gut wie nie – außer bei einigen Geheimbünden während des Dekabristen-Aufstandes von 1825 – forderte dieser Personenkreis jemals eine ukrainische Autonomie. 1864 wurde für Gesamt-Russland

eine beschränkte lokale Selbstverwaltung zugestanden und sogenannte Landeskomitees eingerichtet. Sie wurden zumeist von Adligen besetzt und sorgten für eine weitere Russifizierung des ukrainischen Landes.

Die Bauern lebten fast vollzählig in Kommunen und bewirtschafteten persönlich ihr Land. Wie im Habsburger Bereich verkleinerte sich ihr Besitz mit wachsender Bevölkerung um fast 30%. Abwanderung in weite Gebiete des Ostens oder nach Übersee waren die Folge. Der Mangel an Bargeld ließ nicht einmal den Kauf von einfachen Geräten oder gar einem Pferd zu. Erst mit der Aufhebung der Leibeigenschaft im gesamten Russischen Reich durch Zar Alexander II. 1861 besserte sich die Lage langsam in Richtung Modernisierung. Nur so konnte die Ukraine wieder ihren Ruf als Kornkammer für den Anbau von Weizen, Gerste und Tabak zurück gewinnen.

Der Süden Russlands erlebte Ende des 19. Jahrhunderts einen beispiellosen Boom. Links des Dnjepr und im angrenzenden Donezbecken entstand ein riesiges Industriegebiet mit Kohle- und Eisenerzvorkommen. Zur wachsenden Wirtschaft trug auch der Bau eines Eisenbahnnetzes (1865–1871) bei. Nun konnten neben Lebensmitteln und Rohstoffen auch Fertigwaren in Massen transportiert und verkauft werden. Den bauerlichen Schichten verhalf dies aber nur zu einem geringen Teil zu neuer Beschäftigung, denn vorrangig wurden deutsche und jüdische Zuwanderer ins sogenannte „Neurussische“ Land gerufen. Sie bildeten bald in den Städten eine neue bürgerliche wohlhabende Schicht von Handwerkern, Kaufleuten und Ingenieuren. Um solche gehobene Berufe erhalten zu können, musste man schon gut ausgebildet sein und auf Schulen und Universitäten russisch gelernt haben, das traf für die Ukrainer

meist nicht zu. Deshalb hatte die alte Zentrale Kiew 1874 noch 60% Ukrainer bei sich wohnen, 1897 nur noch 22%.

VIII. Nationale Vielfalt und national-ukrainische Bewegungen im 19. Jahrhundert

1848 richteten die Ruthenen eine Petition an den Kaiser Franz Josef I. von Österreich auf Anerkennung ihrer Nationalität. Erstmals stellten sie fest, dass die Ruthenen ein von Russen und Polen unabhängiges eigenes Volk seien und als galizische Ruthenen – nicht einbezogen waren die Ostukrainer – daher Anspruch auf ein eigenes Gesamtruthenisches Kronland (so die Bezeichnung von Gebieten, die Österreich zugeordnet waren) hätten. Von dieser Forderung wären auch die ungarisch- und karpaten-ruthenischen Gebiete betroffen gewesen. Aber die Ungarn, die sich im althistorischen Sinn bewusst als Magyaren bezeichneten, wollten diese und andere Gebiete ihrerseits für sich und für ein eigenes national-staatliches Gebilde, unabhängig von Österreich, erwerben.

Trotz der großen Widersprüche zu den in Habsburg bevorzugten (adligen) Polen, nahmen Ruthenen 1848 an dem in Prag stattfindenden Slawen-Kongress teil. Zusammen mit Polen und Tschechen fühlten sie sich doch auch an ihre slawische Identität gemahnt, die vielleicht zu einer slawischen Nationalität führen könnte. Man verhandelte dabei über einen polnisch-ruthenischen Kompromiss in Fragen des jeweils zu beanspruchenden Gebietes. In Galizien trafen sich ruthenische und polnische Studenten und Intellektuelle häufig in sogenannten Gruppen zum „Völkerfrühling“. Oder man begeisterte sich gemeinsam mit deutschen Liberalen für die polnischen Aufständischen gegen den russischen Absolutismus. In Ungarn gingen ruthenische



Leibeigene als Einsatz beim Kartenspiel, eine Karikatur von Gustave Doré. In kaum einem anderen Land Europas trifft dieses Bild so sehr die jahrhundert lange alltägliche Wirklichkeit der bauerlichen Bevölkerung: Leibeigenschaft und Unterdrückung.

Akademiker erfreut im magyarischen Volkstum auf. Ruthenen und Polen organisierten zusammen Agrarstreiks gegen die Adelsclique und führten Arbeitskämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung durch.

Insgesamt führten diese sich widersprechenden oder auch sich ergänzenden Vorstellungen von einer zukünftigen neuen Gebiets- und Staatenregelung bis zum Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn zu keiner neuen Staatsbildung. Auch nicht für die Ukrainer.

IX. Ukrainer zwischen den Fronten im Ersten Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg standen sich die Ukrainer auf beiden Seiten der Fronten als Kriegsgegner gegenüber: im Zaristischen Reich in der Entente mit Frankreich und England und in Österreich-Ungarn, das mit Deutschland zu den Mittelmächten gehörte. Seit langem waren die Ruthenen besonders beliebt beim österreichischen Militär, sie stellten mehr als 50% der Soldaten, allerdings mit geringen Aufstiegschancen. Im Ersten Weltkrieg lieferten sie für das Habsburgische Reich mit 21 Toten gegenüber sonst 16 per 1000 Einwohnern einen besonders hohen Blutzoll. 1914 wurden weite Teile der Bukowina und Ostgalizien von der russischen Armee besetzt. Nachdem die Ruthenen im habsburgischen Polen in den letzten Jahren vor dem Krieg gerade rechtliche und kulturelle Anerkennung, fast Gleichstellung gefunden hatten, wurden sie nun wieder einer starken Repression ausgesetzt. Die „Rusifizierung“ gipfelte in dem Verbot, ihre Sprache öffentlich publizistisch zu nutzen. Als Österreich-Ungarn das Gebiet zurück eroberte, beschuldigte man sie der Kollaboration mit den Russen, internierte sie in Lager und nahm Verhaftungen und Hinrichtungen vor.

X. Gescheiterte Staatsversuche

Im Ergebnis des Ersten Weltkrieges hatte der amerikanische Präsident Wilson 1918 in seinem Aufruf gefordert, in Osteuropa eigene seit dem 19. Jhd. geforderte Nationalstaaten entstehen zu lassen. Ihre Errichtung blieb weitgehend aus (von Polen abgesehen) und das gilt vor allem auch für die Ukraine. Zu groß waren die Widersprüche innerhalb dieser potentiellen Staaten selber, zu groß die Konkurrenz der verschiedenen Nationalitäten untereinander in geografischer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Das Scheitern hatte außerdem seine Ursache im Desinteresse der siegreichen Mittelmächte in Europa und den USA und fand bei der neu entstandenen sozialistischen Sowjetunion ebenfalls keine wirkliche Unterstützung. Zahlreiche Versuche zum Erreichen ihrer Eigenstaatlichkeit hat es aber auf jeden Fall gegeben, so auch in der Ukraine.

1. In der westlichen Ukraine

Hier versuchten die Ruthenen seit Anfang 1917 auf einem Delegierten-treffen in Lemberg einen „Ukrainischen Nationalrat“ zu gründen und eine „Westukrainische Volksrepublik“ (ZUNR) auszurufen. Sie beanspruchten die ehemals zu Österreich-Ungarn gehörenden ethnisch ukrainischen Gebiete Galiziens, der Bukowina und der Karpatenregion in Ungarn. Dabei suchten sie die Unterstützung erstmalig auch der Ostukraine zu gewinnen. Mit diesen schlossen sie sich 1919 zu der „Union“ ZOUNR zusammen. Dabei gerieten sie in Konflikt mit der polnischen Seite, die unter der Führung des Feldherrn Pilsudski mit Hilfe seiner Freiwilligenarmee bereits 1915 eine Staatsgründung erreichen konnte. Österreich und Deutschland waren dabei die Initiatoren des seit 1795 nicht mehr existierenden „Königreichs Polen“. Als Bollwerk gegen Russland, besonders auch nach dem Entstehen der revolutionären Sowjetrepublik, sollte Polen ihnen von Nutzen sein. Und erhielt deshalb ohne Rücksicht auf die ostgalizischen Ruthenen völlig freien Spielraum. Es kam zu militärischen Konflikten zwischen Polen, Weißrussland und der Sowjetunion, zwischen der „Weißen“ und der „Roten“ Armee. Aber schließlich verzichtete die im ehemals russischen Gebiet inzwischen gebildete ukrainische Regierung UNR unter der Führung des sozialrevolutionären Petljura zugunsten des neuen Staatschefs Pilsudski „freiwillig“ auf die „geringen“ Gebiete Westgaliziens. Man wollte die schwer errungene Eigenstaatlichkeit im Osten des Landes nicht gefährden. Für die Westukrainer war dieser „Verrat an der eigenen Sache“ enttäuschend und schwer zu ertragen.

2. Auf dem Gebiet der bisherigen russischen Ukraine

1917 gründete die bürgerliche „Ukrainische Fortschrittspartei“ TUP in Kiew einen „Ukrainischen Zentralrat“ – die sogenannte Rada – und einen „Nationalkongress“. Dieser fand im April 1917 in Kiew unter Beteiligung von immerhin 900 Delegierten statt, denen auch Vertreter der nationalen Minderheiten kooptiert waren. Getragen wurde sie von linken und rechten Parteien. Ihre Wortführer und gewählten Amtsvertreter stammten weitgehend aus dem Bereich der Intellektuellen, den Grundbesitzern, Offizieren und Beamten. Ihr Hauptziel war – endlich! – die Errichtung eines eigenen ukrainischen nationalen Staatsgebildes. Deren innere Probleme standen weniger auf der Tagesordnung. So fanden z.B. wieder einmal die Interessen und Forderungen der ansässigen Bauern für eine grundlegende Bodenreform nur formal Unterstützung. Deshalb wendeten sich diese in den ländlichen Gebieten

und Dörfern auch – vor allem ab der Oktoberrevolution in Russland 1917 – den russischen Sozialrevolutionären, Anarchisten, Soldatenräten und Bolschewiki zu.

In Petrograd in Russland stießen die Vorstellungen einer eigenen Nation bei der 1917 gebildeten „Provisorischen Regierung“ auf wenig Zustimmung. Es gab weder in Russland noch in der Ukraine eine geordnete Verwaltung, die Beschlüsse fassen und durchsetzen konnte. Nach der Oktoberrevolution November 1917 gründete die Rada – aus Angst zwischen den Fronten der Provisorischen und den sich formierenden Sowjets zerrieben zu werden – zügig die „Ukrainische Volksrepublik“ (UNR). Sie wurde zunächst Teil der bürgerlichen „Föderativen Russischen Republik“, das nahmen die ukrainischen Bolschewiki aber sofort zum Anlass, Ende 1917 eine „ukrainische sowjetische Gegenregierung“ zu bilden. Diese wurde zwar von der neuen Sowjetregierung anerkannt, bewirkte aber, dass zwischen der Rada-Ukraine, der UNR, und der Roten Armee Krieg geführt wurde.

Die Ukraine suchte daraufhin Hilfe im Westen, zumal ihre Forderungen bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zwischen der Sowjetunion und den Mittelmächten nicht berücksichtigt worden waren. Die UNR erklärte nun endgültig die formale Trennung von Russland. Zu ihrer Unterstützung marschierten deutsche und österreichische Truppenverbände unter dem Generalfeldmarschall Eichhorn in die Ukraine ein. (Wir berichteten davon in Politischen Berichten, Aprilausgabe 2014). Damit waren die Ukrainer vom Regen in die Traufe gekommen. Unter der Herrschaft des deutschen Militärs und der Obhut von Kaisers wurde die Rada kurzerhand aufgelöst und gegen die Gefahr, dass die Bolschewiki unter den Bauern Enteignungen von Grund und Boden vornehmen könnten, sofort ein Gesetz zum „Recht auf Eigentum“ verabschiedet. Die legislative und exekutive Macht wurde in die Hände eines von den Deutschen ernannten Hetmans gelegt. Man brauchte unbedingt für den „Endsieg“ an allen Fronten die vereinbarten Lieferungen an Getreide- und Industrieprodukten. Die ukrainische Arbeiterschaft und sämtliche bisherigen bürgerlichen und sozialistischen Kräfte vereinigten sich zum Gegenangriff. Mit Hilfe der russischen Bolschewiki wurde der Hetman gestürzt. Das deutsche Heer musste eh nach der Kapitulation Deutschlands im November 1918 abziehen. Die Ukrainische Regierung der UNR konnte ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Die UNR suchte nun – wie oben berichtet – auch in der Westukraine neue

Gouvernement Katerynoslav im Süden. Hier gab es starke kommunistische und anarchistische Bewegungen z.B. unter der Leitung von Nestor Machno und die historische Erinnerung an frühe kosakische Aufstandserfolge. Ihre Forderungen zielten auf die Enteignung der Ländereien der Grundherren und auf die Gründung freier Gemeinden nach dem Räteprinzip. Hauptgegner waren zunächst die „Weißen“ gewesen, aber jetzt gerieten sie als gefährliche Konkurrenz für die sowjetischen Kommunisten mit der Roten Armee in Konflikt. Beide Gruppierungen gerieten daher bei der inzwischen erstarkten Sowjetunion in Misskredit. Bei den Friedensverhandlungen 1919 mit Polen wurde die UNR schon nicht mehr zu diesen Verhandlungen zugelassen. Es bildete sich daraufhin 1919 eine neue „Ukrainische Sowjetregierung“ (USRR), die von den Revolutionären in Moskau anerkannt wurde. Mit ihrer und der Hilfe zahlreicher linker, den Zielen der Bolschewiki aufgeschlossener Gruppen organisierte diese Landvergabeaktionen für die Dorfarmut. Darauf hatte die Landbevölkerung unter der UNR vergeblich gewartet. Sie musste im Rahmen der Ratifizierung des Rigaer Friedens 1921 ihre Tätigkeit einstellen und die letzten UNR-Vertreter – unter ihnen der langjährige Streiter für ukrainische Unabhängigkeit Petljura – gingen ins Exil nach Paris.

X. Die sowjetische und polnische Ukraine in den Zwanzigern

1. Die ukrainische Sowjetregierung

Bei der Gründung der „Ukrainischen Sowjetregierung“ (USRR) befand sich das Land immer noch in einem katastrophalen Zustand. Die Schäden des Krieges waren kaum beseitigt, die Schwerindustrie erbrachte nur noch 12% der Vorkriegsproduktion, ebenso sah es aus bei der Kohleförderung und der Zuckerproduktion. Die Getreideflächen waren um 20% reduziert worden, das Transportwesen war völlig ruiniert. Ganze Dörfer waren durch den Krieg und seine Folgen entvölkert worden. Hungersnöte breiteten sich aus. Schätzungsweise starben wie in der Sowjetunion auch in der Ukraine Millionen von Menschen an den Folgen dieser Zustände. Es wurden Hilfsaktionen organisiert und die Sowjetregierung verordnete die viel kritisierte Abgabepflicht für Getreide, um den vorhandenen Mangel auszugleichen und das Horten von Nahrungsmitteln zu unterbinden. Wie auch in vorherigen Zeiten üblich wanderten viele Bewohner aus wirtschaftlichen und politischen Gründen aus: nach Mittel- und Westeuropa, in die USA, nach Kanada und Argentinien. Vor dort aus versorgten sie ihre daheim gebliebenen Familienmitglieder, gründeten neue Existenzen und kamen zum Teil – nachdem



Kraftwerk von Dnjepropoi in der Ukraine, ein Schwerpunkt des sowjetischen Entwicklungsprogramm, um nach dem 1. Weltkrieg die gewaltigen Schäden und Produktionsverluste in der Ukraine zu beseitigen und die Industrialisierung voranzutreiben.

sich die Lage zu Hause wieder verbessert hatte – aus dem Ausland zurück. Diese Wanderbewegungen sind statistisch bis heute schwer erfassbar, die Emigranten aus der Ukraine werden insgesamt auf etwa eine halbe Million geschätzt.

Nach dem ersten „Allunions-Rätekongress“ von 1922 bildete die „Ukrainische Sowjetregierung“ USRR mit der UdSSR und weiteren sozialistischen Republiken wie Weißrussland, Aserbeidschan, Georgien, Armenien und Moldau einen Verbund. Es wurde das Prinzip allgemeiner sowjet(russischer) Staatsbürgerschaft beschlossen und die Ukraine übernahm auch die 1923 für die UdSSR verabschiedete Verfassung. Wirtschaftlich war der Zusammenhang von großem Vorteil. Der Wiederaufbau von Industrie und Landwirtschaft – vor allem nach Einsetzen der „Neuen Ökonomischen Politik“ – erfolgte in der Ukraine besonders schnell. Ende der zwanziger Jahre erreichte sie bereits wieder 60-80% ihres Vorkriegszustandes. Dazu trug z.B. auch der Bau des gigantischen Dnjepr-Wasserkraftwerkes und der Traktorenfabrik in Charkiv in der Ukraine bei.

In Bezug auf den zunächst geplanten aber dann stark reduzierten „Demokratischen Zentralismus“ der Kommunistischen Partei der Bolschewiki wirkte sich die staatliche Verbindung weniger gut aus. Zunächst herrschte in der Sowjetunion eine „Politik der lokalen Verwurzelung“, sie wurde in der Ukraine unter dem Schlagwort „Ukrainisierung“ vorgenommen. Parteikandidaten mussten im Lande die

ukrainische Sprache beherrschen und die wichtigsten Ämter wurden mit Ukrainern besetzt. Das Analphabetentum wurde rigoros bekämpft durch den Ausbau von Grundschulen und Hochschulen, und auch dort durfte die eigene Sprache vorherrschen und eine russische Majorisierung wurde unterbunden. Die USRR als eigenständiger Nationalstaat mit einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung wurde damals von Sozialisten und Kommunisten im westlichen Ausland fast mit Neid zur Kenntnis genommen.

Mitte bis Ende der zwanziger Jahre änderte sich dieser Zustand grundlegend. Jetzt setzte Josef Stalin seine zentralistische sowjetische Politik in Moskau durch. Alle spezifisch ukrainischen Vereinigungen wurden aufgelöst, es gab nur noch eine einzige Kommunistische Partei, die (russische) KP(B)U und das Komsomol als Jugendorganisation. Die Pflichtabgabesätze für die Landwirtschaft wurden drastisch erhöht, unter anderem um ausländischen Lieferverpflichtungen nach zu kommen. Zahlreiche alte „ukrainophile“ Parteikader fielen der jetzt beginnenden „Säuberung“ zum Opfer. War die ostukrainische Nationalbewegung bisher eher links gewesen, jetzt orientierten sich nur noch die rechten Kräfte in der Politik für einen eigenen Nationalstaat.

2. Die Ukraine im polnischen Staatsgebiet.

Polen hatte einen von Europa aus mit Sympathie beobachteten Kampf um einen neuen unabhängigen Nationalstaat geführt und gewonnen. Trotz negativer

Erfahrung der Bauernbevölkerung mit den polnischen adligen Grundherren hatten sie dabei – allerdings vorrangig von den ukrainischen Intellektuellen – in den westlichen ukrainischen Gebieten Unterstützung gefunden. Nach dem polnisch-sowjetischen Krieg und den abschließenden Friedensbeschlüssen gehörten nun die Woiwodschaften Lemberg, Stanislaw, Tarnopol und Wolynien (man nannte sie erneut bewusst nicht Galizien bzw. Westukraine) zum polnischen Staat. Und das, obwohl kommunistische Gruppierungen sich dort nach dem Krieg vehement für eine eigene Sowjet-Ukraine stark gemacht hatten. Weiterhin lebten fast 80% der Bevölkerung in der Landwirtschaft und deren Besitz gehörte weiterhin den polnischen Großgrundbesitzern. Dem begegneten die Ukrainer in den zwanziger Jahren zwar mit einer starken Genossenschaftsbewegung – um zumindest den ausbeuterischen Zwischenhandel umgehen zu können – aber polnische Gesetze und eine zunehmende Staatskontrolle schränkten diese stark ein.

1926 kam der langjährige Kämpfer für einen polnischen Nationalstaat, Pilsudski, durch einen Staatsstreich an die Macht. Er brach die letzten Beziehungen zur ukrainischen Exilregierung UNR in Paris ab – ihr Vertreter Petljura fiel dort einem Attentat zum Opfer. Zahlreiche Gegner dieser polnischen Vereinnahmung emigrierten ähnlich der Bevölkerung in der sowjetischen Ostukraine ins Ausland. Neue Bündnispartner fanden sie vor allem bei den Deutschen. Die Ukrainische Militärorganisation UVO baute einen intensiven Kontakt mit Berlin auf und fand dort finanzielle und ideologische Unterstützung. Ab 1930 arbeitete die UVO bis zum zweiten Weltkrieg eng mit den Hitler-Faschisten zusammen. Den deutschen Faschisten war es nur recht, dass diese in Galizien gegen alles Polnische unentwegt Sabotagaktionen ausführten: gegen Postämter, Parteien und die Regierung.

Am 1. September 1939 griff das nationalsozialistische Deutschland Polen an. Ende September teilten sie sich mit der UdSSR das polnische Staatsgebiet, dessen südöstlicher Teil als „befreites Gebiet“ der Sowjetunion bzw. der ukrainischen USRR, angeschlossen wurde. Eine polnische Ukraine gab es nun nicht mehr – natürlich auch keine unabhängige Westukraine. Aber natürlich auch keine wirklich unabhängige sowjetische USRR. Den in der Zwischenkriegszeit bei den westlichen Ukrainern angestauten Hass gegen die Polen nutzten die Faschisten beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs weidlich aus.

Edda Lechner, Norderstedt

Quelle: Frank Golczewski, HRG: „Geschichte der Ukraine“, 1993

Teil 1 siehe Pol. Ber. Nr. 5/2014

Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung: 14. bis 16. August in Erfurt

Philosophiekurs: Vom Reichsdeputationshauptschluss zur Weimarer Verfassung

Im Philosophiekurs im Januar dieses Jahres zu Säkularisierung und Religion wurde angeregt, die Thematik weiterzuführen. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 geht das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu Ende. Preußisch geprägter „Kulturprotestantismus“ und katholischer „Ultramontanismus“ sind die kulturgeschichtlichen Strömungen, die diese Zeiten politischer Reaktion und der vielen Versuche, dagegen zu revoltieren, prägen. Das aufstrebende Bürgertum stand mit seinen führenden Gestalten, im Wesentlichen protestantisch geprägt, loyal zum Kaiserhaus, zum Militär und zu den Fabrikherren. Anhand ausgewählter exemplarischer Dokumente wollen wir diese Zeit nachzeichnen. Diese politische Vergangenheit liegt nur scheinbar zurück in weiter Ferne. Die heutige verfassungsrechtliche Haltung zu konfessionellen Kindergärten, Hochschulen und deren staatlichen und quasistaatlichen Finanzierung ist immer noch bestimmt von der damaligen gesellschaftspolitischen Konstellation.

Karl-Helmut Lechner, ausführlichere Planung siehe ArGe-Rundbrief, Beilage zu Politische Berichte 2/14

Kurs Wirtschaft: Das Internet als Raum des Wirtschaftens

Unsere Diskussion über wirtschaftliche Entwicklung „am Standort“ und „im Raum“ hat uns zu dem Thema „Das Internet als Raum des Wirtschaftens“ geführt. Stichworte wie „flächendeckende Breitbandversorgung“, „Web 4.0“, „Web der Dinge“ und andere mehr bezeichnen einen Prozess, der in die soziale Organisation, die Lebensgestaltung der Einzelnen, der Familien und in die Arbeitswelt tief eingreift, und darüber vor allem wird eine breite öffentliche Diskussion geführt, in der es um die Leistungen der Endgeräte und der Anwenderprogramme geht.

Weit weniger Aufmerksamkeit genießt der Umstand, dass das Internet eine gewaltige technische Anlage ist, die der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, ähnlich wie das Netz der Straßen den Verkehrsteilnehmenden. Die Bereitstellung dieser Infrastruktur erfolgt teils durch die öffentliche Hand, teils im Auftrag der öffentlichen Hand und teils durch Private.

In der aktuellen Diskussion stellt sich heraus, dass die Macht, die über die Internettechnologie staatlichen Stellen und Wirtschaftsunternehmen

zufällt, mit der Herrschaft über die Infrastruktur zusammenhängt. Soll diese Macht gebändigt werden, wird sich Öffentlichkeit wohl oder übel mit den technischen und rechtlichen Bedingungen beschäftigen müssen.

Teil 1: Materialien zur technischen Grundlage. Ausgangsbasis waren die in öffentlichem Auftrag betriebenen Netzwerke des Fernmelde- und Telefonverkehrs, die zur Datenfernübertragung zwischen Rechnern genutzt werden konnten. Diese neue Kombination (im Sinne Schumpeters) entfaltete eine unerhörte Dynamik mit gewaltigen Rückwirkungen auf die Struktur der Fernmeldeanlagen. Die Mobiltelefonie setzte sich weltweit durch. Heute bieten die Fernmeldeanlagen (tendenziell) nicht nur allen Haushalte und Unternehmen eine Anschlussmöglichkeit. Jeder geografische Ort wird anschlussfähig.

- Wer trägt die Baulast, wer gewährleistet die Betriebssicherung, gibt es so etwas wie eine „Datenverkehrsordnung“? Was steht in internationalen Abkommen, was sagt die Regierung.

Teil 2: Unwiderstehliche Strömung? Die Erschließung (tendenziell) jeden Ortes durch die Infrastruktur und die Erreichbarkeit von Endgeräten für (tendenziell) jede Person und jede Geschäftseinrichtung wird ergänzt durch die Archivierung großer Datenmengen bei Privaten, Stichworte dafür sind „Google“ und „Facebook“. Die eine Komponente erschließt das Herrschaftssystem der Archive und Bibliotheken, das Eliten vorbehalten war, dem massenhaften Gebrauch. Die andere ermöglicht (im Sinne Bourdieus) Sozialkapitalbildungen über die Grenzen der gegebenen familiären Beziehungen und betrieblichen Zusammenhänge hinaus.

- Muss der Zugang zum Internet in der modernen Gesellschaft als Grundrecht gefasst werden? Was meinen Parteien und Initiativen?

Teil 3: Die technische Qualität der Übertragungseinrichtungen, die gewaltigen Speicherkapazitäten im Hintergrund führen zusammen mit verbesserten Endgeräten zu neuen Wirtschaftsräumen. Kooperation „in Echtzeit“ wird über weite Entfernungen hin möglich. Das beeinflusst die Logik der Standort

Inhalt

Aktuell

Wahlanalyse der Europawahl 2014

3

Montägliche Facebookevents rechter, nationaler und verschwörungstheoretischer Strippenzieher suchen und finden anschlussfähige Betroffenheitswirrnis

4

„The way is closed“: Australische Regierung feiert ihre rigiden Grenzpolitik

7

Auslandsnachrichten

8

Jordanien: Elektrizitätsmitarbeiter gewinnen • Indien: Frauenpower bei Hafengewerkschaft • Thailand: Triumph für Bahnbeschäftigte • Neuseeland: Durchbruch für Fahrer/innen • Panama: Lohnerhöhung erkämpft • UNHCR: Straflosigkeit der Unternehmen stoppen • Bau und Holzarbeiter Internationale: Sicherheit beim Bau von Sportanlagen

Aktionen ... Initiativen

10

Ukraine-Erklärung: Aus Sorge um den Frieden • IPPNW verlangt politischen Paradigmenwechsel: Konfliktbearbeitung und Kooperation statt Konfrontation • fair statt foul – im Sport und in der Wirtschaft! • NRW-Hochschulgesetz: Geheimhaltung statt Transparenz • Paritätischer legt eigenes Konzept zur Reform des Bildungs- und Teilhabepakets vor • Verfassungsschutzbericht 2013: besorgniserregender Anstieg rassistischer Gewalt

Kommunalwahl NRW: Leichte Stimmengewinne und 150 Mandate mehr für Die Linke

12

Köln: Gutes Wahlergebnis zeigt zunehmende Verankerung der Linken in der Stadtgesellschaft.

12

Kommunalwahlen 2014: Pro Köln stark geschwächt, Rechte gestärkt

13

Essen: Nur geringe Verluste, aber Abgänge aus der Fraktion

14

Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg

14

Kommunale Politik

16

Sozialwohnungsbau interessiert den SPD-Senat nicht: Hamburg. • GAG: Linke fordert Rekordgewinn für Rekordwohnungsbau. Köln. • Gutbesuchte Veranstaltungen zum fahrscheinlosen ÖPNV: Frankfurt a.M. • Fortsetzung der Rot-Rot-Grünen Zusammenarbeit in der Bezirksvertretung II: Essen. • Föderalismusreform nicht ohne echte Einbeziehung der Kommunen: Berlin.

Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen weiterhin ohne Verordnung

17

Wirtschaftspresse

19

Die Geschichte der Ukraine – Teil 2

19

Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung: 14. bis 16. August in Erfurt

23

Rechts? Die Entwicklung des Internets, das ohne besondere Startinvestitionen am vorhandenen Fernmeldewesen und den vorhandenen stationären Rechnern emporwachsen konnte, sowie die Finanzierung der riesigen Speicherkapazitäten der Suchmaschinen und sozialen Netzwerke durch die werbende Wirtschaft hat zweifellos einen Raum der Möglichkeiten geschaffen, der stürmische Entwicklungen begünstigt hat. Längst ist diese Anfangsphase Geschichte. Heute haben wir es mit einer extra für diese Zwecke ausgebauten Infrastruktur zu tun, von deren im technischen wie rechtlichen Sinne sicheren Betrieb für das soziale Dasein sehr viel abhängt.

• Wie sehen wir heute die Hoffnungen vieler Internetpioniere, das Netz als freien Raum zu organisieren? Gibt es Ansätze, das Internet als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, als eine besondere Anstalt des öffentlichen Rechts zu fassen?

Ziel unserer Diskussion ist vor allem, in der zu diesen Aspekten der Internetdiskussion besonders unübersichtlichen Quellenlage etwas Orientierung zu gewinnen.

Für die Vorbereitung: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Kurs Internationale Politik: Zur deutschen EU- und Nato-Politik vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise. Welche neueren Tendenzen zeichnen sich ab?

Im Juni 2014 schrieb Ex-EU-Kommissar Verheugen in einem offenen Brief an Alt-Bundeskanzler Schmidt:

„... Es ist schlicht falsch, die EU-Kommission als ‚größtenwahnsinnig‘

zu bezeichnen ... Noch immer sind die Mitgliedstaaten die Herren aller Verträge ... Unter Vorsitz der deutschen Bundeskanzlerin Merkel wurde der Kommission der Auftrag erteilt, Verhandlungen über vertiefte Beziehungen zu führen und das Mandat definiert ... Das Abkommen mit der Ukraine wurde im März 2012 paraphiert ... Berlin und andere haben das betrieben, aus purer Parteipolitik, und weil die Ukraine nicht jeden EU-Staat interessierte. Warnenden Stimmen, aus Polen, dem Baltikum, aus Bulgarien, wurde weder im Kreis der Mitgliedstaaten noch im Parlament zugehört ... Kein Gespräch mit Russland gesucht ... Der Konflikt mit Russland entwickelte sich im Jahr 2013, als beide Seiten, sowohl die USA und die EU auf der einen Seite als auch Russland auf der anderen Seite, die geplante EU-Assoziation der Ukraine zum geopolitischen Entweder-Oder hochstilisierten. Da haben nicht größenwahnsinnige Beamte oder inkompetente Kommissare mitgemacht, sondern die politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union.“

Und die Hauptverantwortlichen dieser Entwicklung der Ostpolitik sitzen in der Regierung der stärksten Wirtschaftsmacht der EU, der „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz): Deutschlands.